

**Susanne Huth
Katharina Simon**

Frauen im öffentlichen Raum – eine gendersensible Analyse der Auswirkungen gesellschaftlicher Krisen in Offenbach

Explorative Studie im Auftrag
des Frauenbüros der Stadt Offenbach

Impressum



involas Institut für berufliche Bildung,
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH

Herrnstraße 53
63065 Offenbach am Main

T +49 69 27224-0
F +49 69 27224-30
info@involas.com
www.involas.com

Herausgegeben von:

Dr. Elisabeth Aram

Projektleitung:

Susanne Huth

Autorinnen:

Susanne Huth, Katharina Simon

Layout: Konzept fünf, Offenbach am Main

Die Autorinnen und Autoren tragen die Verantwortung für den Inhalt. Die von ihnen vertretene Auffassung macht sich die auftraggebende Einrichtung nicht generell zu Eigen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Vorgehen	6
2.1	Methoden	6
2.2	Leitfragen	7
3	Frauen in Offenbach – Untersuchung verschiedener Themenfelder	8
3.1	Recht auf Entgeltgleichheit	8
3.2	Recht auf ein gewaltfreies Leben	13
3.3	Recht auf Bildung und Information	17
3.4	Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung in Politik	22
3.5	Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung im Engagement	26
4	Zusammenfassung und Empfehlungen	29
4.1	Zusammenfassung	29
4.2	Handlungsempfehlungen	33
5	Literaturverzeichnis	35

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte 2021	9
Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte nach Qualifikationsniveau 2021	9
Abbildung 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Vollzeit nach Branchen und Geschlecht in Offenbach 2023	10
Abbildung 4: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Offenbach (2018-2022).....	13
Abbildung 5: Weiterbildungsbeteiligung von erwerbstätigen Frauen und Männern in Deutschland	18
Abbildung 6: Schulabgangsquoten an allgemeinbildenden Schulen in Hessen und Offenbach nach Geschlecht (2018/19 bis 2021/22)	19
Abbildung 7: Frauenanteil im Deutschen Bundestag	22
Abbildung 8: Sitze in der Stadtverordnetenversammlung nach Geschlecht	23
Abbildung 9: Verteilung Ausländerbeirat nach Geschlecht.....	23
Abbildung 10: Aufteilung der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung auf die Parteien	24
Abbildung 11: Ehrenamtskarte 2020-2022 nach Tätigkeitsbereichen	27

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gewalt im Geschlechterverhältnis	14
Tabelle 2: Belegungszahlen Frauenhaus Offenbach (2019-2022)	15
Tabelle 3: Entwicklung der Einzelberatungen in der kommunalen Weiterbildungsberatung webb	19

1 Einleitung

„Covid-19: eine Krise der Frauen“ heißt es auf der Internetseite von UN Women Deutschland.¹ Die Friedrich-Ebert-Stiftung titelt „Die Rezession ist weiblich: Frauen in der Corona-Krise“². Zweifelsohne war die Corona-Pandemie eine der einschneidendsten Krisen der vergangenen Jahre, aber was ist dran an der Aussage, dass Frauen von Krisensituationen stärker und betroffen sind? Und gilt das nur für die Corona-Pandemie oder ist das bei anderen Krisen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der Energie-Krise oder der Klima-Krise ähnlich? Diesen Fragen sollte in der vorliegenden Studie „Frauen im öffentlichen Raum – eine gendersensible Analyse der Auswirkungen gesellschaftlicher Krisen in Offenbach“ nachgegangen werden.

Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie lag auf gesellschaftlicher Teilhabe sowie erfahrenen Benachteiligungen von Frauen in gesellschaftlichen Krisensituationen. Es sollte untersucht werden,

- was sich für Frauen in Offenbach durch die verschiedenen Krisen der letzten Jahre verändert hat,
- an welchen Stellen Benachteiligungen für Frauen entstanden sind oder sich verschärft haben und
- welchen Einfluss die Pandemie und andere Krisen auf den Alltag von Frauen verschiedener Altersgruppen und Lebenslagen (junge Mädchen, Frauen mit Migrationsgeschichte, berufstätige Frauen, Alleinerziehende, pflegende Angehörige, Hausfrauen und Seniorinnen) hatten.

Grundannahme war, dass Frauen überproportional von den Auswirkungen gesellschaftlicher Krisen betroffen sind. Frauen sind demnach bspw. vom Personalnotstand im Erziehungs- und Pflegebereich sowohl als Personen mit Care-Verantwortung als auch als Fachkräfte doppelt betroffen. Es wurde daher davon ausgegangen, dass sich gesellschaftliche Veränderungsprozesse und deren Auswirkungen auf Frauen, darunter auch ein Anstieg des Armutrisikos, auf den Zugang zu Bildungs- und Arbeitsmarkt, die Möglichkeiten der eigenständigen Existenzsicherung und der sozialen und politischen Teilhabe sowie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie auswirken. Im Rahmen dieser Analyse sollten daher die Nachwirkungen der Corona-Pandemie sowie aktuelle Herausforderungen in den Blick genommen werden, um der Frage nachzugehen, wie gesellschaftliche Teilhabe von Frauen in verschiedenen Bereichen gelingen kann.

Auf dieser Basis wurden vier Frauenrechte in den Blick genommen, die auch im Rahmen des vom Frauenbüro der Stadt Offenbach organisierten Frauenmarsches im März 2023 eine zentrale Rolle spielten:³

- das Recht auf Entgeltgleichheit
- das Recht auf ein gewaltfreies Leben
- das Recht auf Bildung und Information
- das Recht auf Mitbestimmung und Teilhabe.

Das Recht auf Mitbestimmung und Teilhabe wurden in die Bereiche politische Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe in Form von freiwilligem Engagement aufgeteilt, sodass die Studie fünf Themenfelder umfasst. Für jedes Themenfeld wurden Untersuchungsfragen entwickelt, welche zum einen auf die Herausforderungen und zum anderen auf das bestehende Unterstützungsangebot abzielten. Dabei sollte auch in den Blick genommen werden, welche Angebote ggf. noch geschaffen werden müssen.

¹ Vgl. <https://unwomen.de/covid-19-eine-krise-der-frauen/>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

² Vgl. <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/the-future-is-feminist-archive/artikelseite/die-rezession-ist-weiblich-frauen-in-der-corona-krise>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

³ Vgl. https://www.offenbach.de/buerger_innen/familie_soziales/frauen_und_maedchen/meldungen/frauenbuero-8-maerz06.03.2023.php, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

Unser besonderer Dank gilt den Expertinnen und Frauen aus Offenbach, die sich zu einem Interview bereit erklärt haben, für ihre Informationsbereitschaft und für die vertrauensvollen Gespräche zu ihren Erfahrungen und zur Situation von Frauen in Offenbach.

Der vorliegende Bericht enthält die Auswertung und Zusammenführung der Erkenntnisse und ist wie folgt aufgebaut: Kapitel 2 erläutert die Vorgehensweise anhand der Methoden und der dafür ausgewählten Leitfragen. Die Ergebnisse der Untersuchung der vier Themenfelder findet sich in Kapitel 3. Das abschließende Kapitel 4 enthält eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse sowie der daraus abgeleiteten Empfehlungen.

2 Vorgehen

2.1 Methoden

Zunächst wurden im Rahmen einer Dokumentenanalyse v.a. offenbachspezifische Materialien, darunter Berichte, Studien und Statistiken zur Situation von Frauen in den gewählten Themenfeldern, recherchiert und ausgewertet.

Im Rahmen eigener Erhebungen wurden darauf aufbauend je zwei Interviews pro Themenfeld – sieben leitfadengestützte Expertinneninterviews und drei teilstandardisierte Leitfadeninterviews mit Frauen in unterschiedlichen Altersgruppen und Lebenslagen – geführt.⁴ Die Auswahl der Gesprächspartnerinnen für die Expertinneninterviews erfolgte in Abstimmung mit der Auftraggeberin. Befragt wurden je eine Expertin in den Themenfeldern

- Recht auf Entgeltgleichheit
- Recht auf Mitbestimmung und Teilhabe in Politik und
- Recht auf Mitbestimmung und Teilhabe im Engagement

sowie je zwei bzw. drei Expertinnen in den Themenfeldern

- Recht auf ein gewaltfreies Leben und
- Recht auf Bildung und Information.

Ziel der Befragung der Zielgruppe – Frauen in unterschiedlichen Altersgruppen und Lebenslagen – war es, tiefgreifende Informationen über die Alltagssituation der Frauen in den oben genannten Themenfeldern, durch multiple Krisen bedingte Veränderungen sowie Bedarfe zu eruieren. Die Kontakte und den Zugang zu einzelnen Frauen wurden über die befragten Expertinnen hergestellt. Derart konnten drei Interviews mit Frauen aus Offenbach in den Themenfeldern Recht auf Entgeltgleichheit, politische Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe realisiert werden.

Während die Expertinneninterviews ca. eine Stunde umfassten, waren die Interviews mit den Frauen etwas kürzer. Die Interviews fanden ausnahmslos in Präsenz statt und wurden mit Einwilligung der Gesprächspartnerinnen auf Tonband aufgezeichnet⁵, protokolliert und entlang der Leitfäden ausgewertet.

⁴ Geplant war, je fünf Interviews mit Expertinnen sowie mit Frauen aus den jeweiligen Bereichen zu führen. Da in den Bereich „Recht auf ein gewaltfreies Leben“ und „Recht auf Bildung und Information“ keine Interviews mit Frauen aus der Zielgruppe realisiert werden konnten, wurde stattdessen in diesen Bereichen eine weitere Expertin befragt.

⁵ Die Aufzeichnungen dienten lediglich der Protokollierung und wurden im Anschluss wieder gelöscht.

2.2 Leitfragen

Die Leitfragen für die Expertinneninterviews waren wie folgt gegliedert:

1. Mit welchen Herausforderungen sind Frauen in Krisenzeiten im Hinblick auf den jeweiligen Themenschwerpunkt besonders konfrontiert? Wie haben Sie das in den letzten Jahren in Offenbach wahrgenommen?
 - Inwiefern wird die Ausübung des jeweiligen Rechts durch gesellschaftliche Krisen erschwert?
 - Nehmen Sie hier Unterschiede in der Art der Krise wahr? Pandemie, Kriege, Energie?
 - Wenn es eine Verschlechterung der Situation während der Krise(n) gab, woran kann man diese festmachen?
 - Wurde die durch die Pandemie verschlechterte Lage durch weitere Krisen noch einmal verstärkt?
 - Gibt es Unterschiede bei Frauen mit Migrationsgeschichte, in unterschiedlichem Bildungshintergrund und Alter, unterschiedlichem Familienstand, unterschiedlicher sozioökonomischer Lage?
 - Welche weiteren krisenbedingten Veränderungen bestehen im Hinblick auf den Themenschwerpunkt?
2. Wie können Frauen in dem jeweiligen Themenfeld unterstützt werden, welche Hilfe- und/oder Unterstützungsangebote gibt es bereits in Offenbach?
 - Welche Ansätze bestehen in Offenbach, um Frauen in gesellschaftlichen Krisen zu unterstützen und gesellschaftliche Teilhabe und Repräsentanz von Frauen zu ermöglichen, bspw. in Form individueller Angebote (Beratung, Unterstützung, Bildung, Qualifizierung, Engagement usw.) sowie im Rahmen von Netzwerken, Runden Tischen, dem Quartiersmanagement?
 - Welche Akteure spielen hier eine besondere Rolle?
3. Welche Hilfe- und/oder Unterstützungsangebote müssen geschaffen werden, damit Frauen in dem jeweiligen Themenfeld besser unterstützt werden können?
 - Wie kann der Situation entgegengewirkt werden? Welche Aspekte gibt es hierbei zu beachten?
 - Wie können Frauen unterschiedlicher Altersgruppen, Herkunft und Lebenslagen besser erreicht werden? Wie könnten mögliche Lösungsansätze aussehen?
 - Welche Akteure müssten noch einbezogen werden?
 - Was kann die Stadt Offenbach selbst bewirken?

Ausgehend von diesen Leitfragen wurden die Fragen für die Zielgruppe der Frauen abgeleitet. Auch bei diesen Befragungen wurde nach Herausforderungen im Alltag, den vorhandenen Angeboten und den Bedarfen gefragt. Die Fragen wurden einfach und die Gespräche sehr offen gehalten, um die Gespräche für die Frauen aller Zielgruppen verständlich und leicht nachvollziehbar zu gestalten.

Auf Grundlage der Dokumentenanalyse und der Befragungen sollten soweit möglich gute Praxis-Beispiele identifiziert und Empfehlungen für die Entwicklung (zielgruppenspezifischer) Maßnahmen auf kommunaler Ebene in Offenbach abgeleitet werden. Dabei ist zu beachten, dass es sich bei dieser Studie um eine explorative Analyse handelt, die Erkenntnisse zu spezifischen Fragestellungen aus der Perspektive von Expertinnen und Frauen aus den verschiedenen Zielgruppen generiert. Repräsentative Aussagen waren auf dieser Grundlage nicht möglich.

3 Frauen in Offenbach – Untersuchung verschiedener Themenfelder

Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Studie war die Auswirkung multipler Krisen auf das Leben von Frauen in Offenbach. Frauen und Mädchen sind in vielen Lebensbereichen nach wie vor benachteiligt und müssen insbesondere in Krisenzeiten mehr denn je um die Durchsetzung ihrer Rechte kämpfen. Frauenrechte sind Menschenrechte⁶, sei es das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, das Recht auf ein gewaltfreies Leben, das Recht auf Bildung und Information oder das Recht auf Mitbestimmung und Teilhabe. Dennoch ist es nicht selbstverständlich, dass Frauen von ihrem Recht Gebrauch machen können. In der vorliegenden Studie sollte der Frage nachgegangen werden, ob sich in den genannten Themenfeldern seit bzw. durch die Corona-Pandemie und die darauffolgenden Krisen und gesellschaftlichen Herausforderungen (negative) Veränderungen für Frauen ergeben haben und wie diesen entgegengewirkt werden kann.

3.1 Recht auf Entgeltgleichheit

In Deutschland verdienen Frauen im Schnitt immer noch weniger als Männer und sind häufiger in Teilzeit beschäftigt. Sie befinden sich nach wie vor im Hintertreffen, was ihre Chancen am Arbeitsmarkt angeht.⁷ Und das obwohl „der Grundsatz der Entgeltgleichheit bereits seit 1957 Bestandteil des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und auch in Artikel 23 der EU-Grundrechtscharta festgeschrieben ist“⁸. Auch in Führungspositionen der Privatwirtschaft und im öffentlichen Sektor sind Frauen deutlich unterrepräsentiert.⁹ Die Gründe hierfür sind vielschichtig und liegen zum einen an der Berufswahl, die stark von Geschlechterstereotypen beeinflusst wird, zum anderen unterbrechen oder reduzieren Frauen für eigene Kinder ihre Erwerbstätigkeit häufiger vorübergehend oder dauerhaft. Dahinter stehen mangelnde Flexibilität aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten und das Fortbestehen eines alt-hergebrachten Rollenverständnisses, sodass Frauen nach wie vor zum größten Teil die Sorgearbeit übernehmen und damit gezwungen sind, in Teilzeit zu arbeiten. Dieses Rollenverständnis führt auch dazu, dass Frauen in sogenannte „Frauenbranchen“ münden, wie zum Beispiel in Erziehungs- oder Pflegeberufe.¹⁰

3.1.1 Zur Situation in Offenbach

Laut Hessischer Lohnatlas 2022 haben sich die Lohnlücken in der Stadt Offenbach im ersten Pandemiejahr 2020 mit minus 3,2 Prozent zugunsten der Frauen verschoben. 2019 lag diese noch bei plus 1,5 Prozent. 2021 verlangsamte sich diese Dynamik allerdings wieder. Als Gründe hierfür wird angeführt, dass die Entgelte von Frauen in sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung eher ansteigen als jene von Männern und dass der Einstieg einer immer größer werdenden Zahl junger hochqualifizierter Frauen mit hohen Entgelten zu dieser Entwicklung beitragen.¹¹

⁶ Vgl. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/menschenrechte-von-frauen>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

⁷ Vgl. https://www.boeckler.de/data/impuls_2023_04_S5.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

⁸ Vgl. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Glossar_Entgeltgleichheit/DE/08_Entgeltgleichheit.html, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

⁹ Vgl. <https://doku.iab.de/kurzber/2022/kb2022-01.pdf>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

¹⁰ Vgl. <https://www.iwd.de/artikel/berufswahl-typisch-mann-typisch-frau-380726/>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

¹¹ Vgl. Hessischer Lohnatlas 3. Auflage 2022: Kommunaldossier Kreisfreie Stadt Offenbach: https://www.hessischer-lohnatlas.de/wp-content/uploads/2022/11/19_Offenbach_Hessischer-Lohnatlas.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

Wie Abbildung 1 zeigt, lag der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten 2021 mit 33,8 Prozent leicht über dem hessischen Durchschnitt von 32,7 Prozent. Interessant ist zudem, dass die Stadt Offenbach die einzige Gebietskörperschaft in Hessen ist, bei der mit minus 3,3 Prozent ein Überhang auf Seite der Bruttomonatsentgelte von Frauen besteht. Über ganz Hessen hinweg beträgt die Lohnlücke im Jahr 2021 im Schnitt 9,0 Prozent.¹²

Abbildung 1: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte 2021

Tabelle 2: Sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte ohne Auszubildende zum 31.12.2021, differenziert nach ausgewählten Merkmalen und Regionen (Wohnort)

Region	Frauenanteil*		Medianwerte des durchschnittlichen Bruttomonatsentgelts in €				durchschnittliche Lohnlücke	
	%	abs.	Männer		Frauen		%	abs. in €
Stadt Offenbach	33,8	12.206	3.224		3.331		-3,3	-107
Hessen	32,7	530.309	3.867		3.519		9,0	348

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, IWAK eigene Berechnung und Darstellung
 Anmerkung: *Die hier präsentierte Anzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten bezieht sich auf die Personen, für die die Einkommensdaten vorliegen. Da nicht für alle sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten Einkommensdaten vorliegen, weicht die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten von den hier präsentierten Zahlen ab.

© 2023 – Hessischer Lohnatlas
 Abgerufen 08.12.2023 von <https://www.hessischer-lohnatlas.de/regionaldossier/kreisfreie-stadt-offenbach>

Quelle: Hessischer Lohnatlas 3. Auflage 2022: Kommunaldossier Kreisfreie Stadt Offenbach, S. 4.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte nach Qualifikationsniveau 2021

Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte* ohne Auszubildende zum 31.12.2021, differenziert nach Qualifikationsniveau und Regionen (Wohnort)

Qualifikationsniveau	Stadt Offenbach						Hessen					
	Frauenanteil*		Medianwerte des durchschnittlichen Bruttomonatsentgelts in €				Frauenanteil*		Medianwerte des durchschnittlichen Bruttomonatsentgelts in €			
	%	abs.	Männer	Frauen	%	abs. in €	%	abs.	Männer	Frauen	%	abs. in €
ohne Berufsabschluss	25,9	1.520	2.574	2.274	11,7	300	26,7	40.037	2.658	2.471	7,1	188
(anerkannter) Berufsabschluss	36,4	6.229	3.340	3.294	1,4	47	33,0	314.017	3.705	3.330	10,1	375
akademischer Abschluss	41,2	3.256	5.373	4.297	20,0	1.077	36,5	140.413	6.273	4.709	24,9	1.563

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, IWAK eigene Berechnung und Darstellung
 Anmerkung: *Die hier präsentierte Anzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten bezieht sich auf die Personen, für die die Einkommensdaten vorliegen. Da nicht für alle sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten Einkommensdaten vorliegen, weicht die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten von den hier präsentierten Zahlen ab.

© 2023 – Hessischer Lohnatlas
 Abgerufen 08.12.2023 von <https://www.hessischer-lohnatlas.de/regionaldossier/kreisfreie-stadt-offenbach>

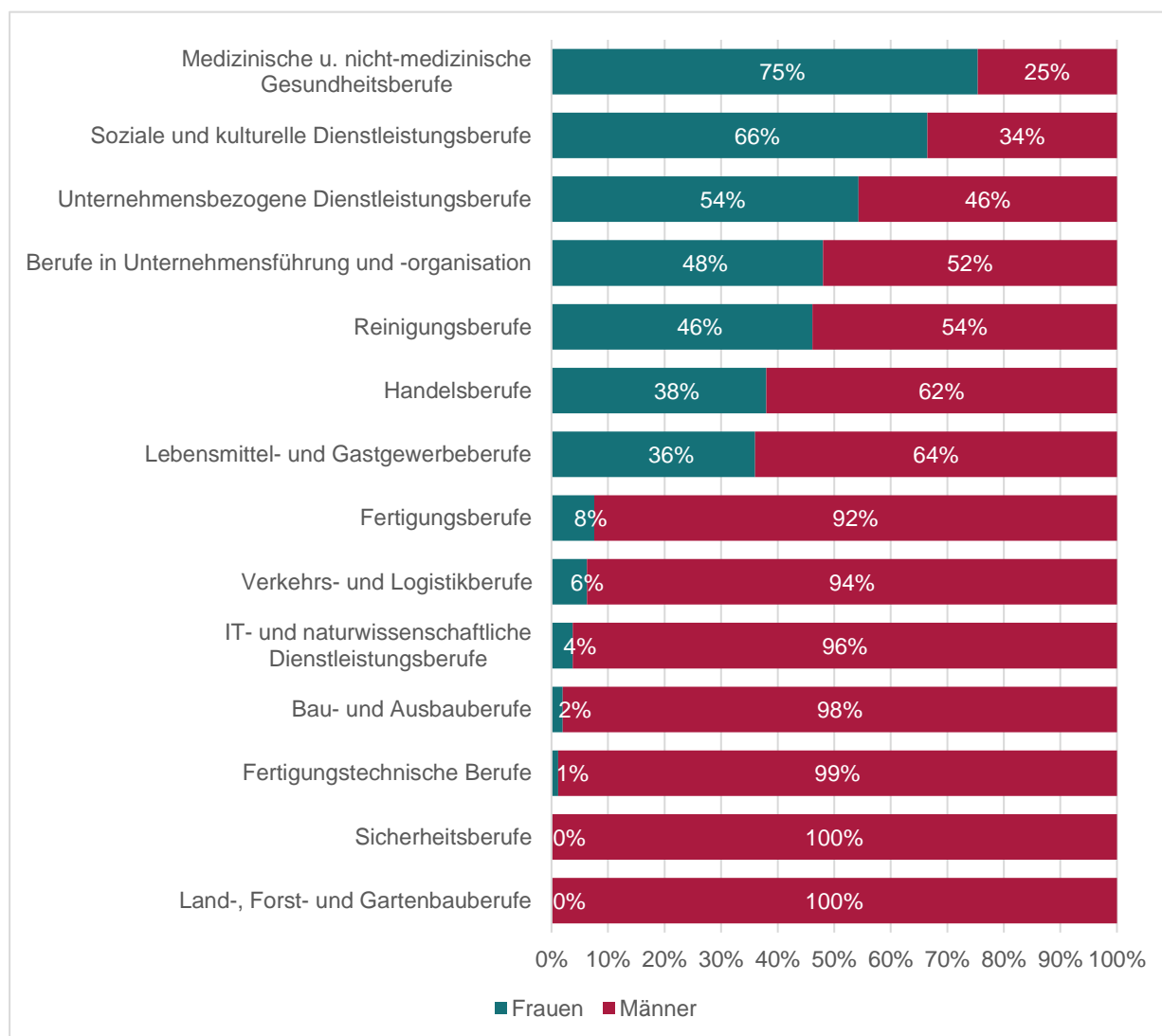
Quelle: Hessischer Lohnatlas 3. Auflage 2022: Kommunaldossier Kreisfreie Stadt Offenbach, S. 5.

¹² Vgl. Hessischer Lohnatlas 3. Auflage 2022: Kommunaldossier Kreisfreie Stadt Offenbach, S. 4.

Schaut man sich das Qualifikationsniveau an (vgl. Abbildung 2), wird deutlich, dass sich die Lohnlücken bei Frauen ohne Berufsabschluss (11,7 Prozent) und bei Frauen mit akademischem Abschluss (20,0 Prozent) drastisch von der bei Frauen mit einem anerkannten Berufsabschluss unterscheiden (1,4 Prozent).

Abbildung 3 ist der jeweilige Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vollzeit nach Branchen und Geschlecht in Offenbach zum Stichtag 01.03.2023 zu entnehmen.

Abbildung 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Vollzeit nach Branchen und Geschlecht in Offenbach 2023



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag 01.03.2023, eigene Berechnung (involas).

3.1.2 Analyse aus Sicht der Expertinnen und Frauen

3.1.2.1 Problemstellung

Erwerbsbeteiligung und Entgeltgleichheit stellen schon immer zentrale Herausforderungen für Frauen dar. Die Expertin bestätigt, dass die Corona-Pandemie wie ein Brennglas gewirkt hat und die Herausforderungen noch einmal deutlicher hervortreten lassen. Was das Rollenverständnis angeht, hat sich demnach das Bild der Frau in den letzten Jahren, so beschreibt es die Expertin, von der Hausfrau über die Familienmanagerin zur Working Mum gewandelt. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt, allerdings nicht in allen Sparten gleichermaßen. Viele Frauen, vornehmlich Mütter, arbeiten immer noch in Teilzeit und können damit Tätigkeiten in bestimmten Branchen, die eine größere Flexibilität verlangen, mit den Familienpflichten nicht vereinbaren. Es sind immer noch verstärkt die Frauen, die die Sorgearbeit übernehmen. Fehlende Kinderbetreuung ist die größte Bremse, die Frauen an der Steigerung ihrer Erwerbstätigkeit hindert.

Dieser Befund unserer Expertin wird auch von der Forschung gestützt: Während der Corona-Pandemie führte die zusätzlich anfallende Sorgearbeit vor allem bei Frauen zu einer Arbeitszeitreduktion. Gut 25 Prozent der Frauen mussten ihre Arbeitszeit wegen der Betreuungssituation reduzieren, dies traf nur bei rund einem Sechstel der Männer zu (vgl. Kohlrausch/Zucco 2020, S. 8f). Dies ist das Ergebnis aus bereits vor der Pandemie ungleich verteilten Erwerbseinkommen, so dass die/der Partner*in mit dem geringeren Einkommen Arbeitszeit reduziert, um den ökonomischen Schaden zu minimieren (vgl. ebd.).

Zusätzlich zur Arbeitszeitreduktion, so die Expertin aus Offenbach, waren Frauen stärker von Kurzarbeit und dem Wegfall von Minijobs betroffen. Häufig waren Frauen zudem doppelt durch Erwerbs- und Sorgearbeit belastet, da die klassischen Dienstleistungsberufe wie Pflege und Erziehung von Frauen dominiert sind, und diese Berufsgruppen während der Pandemie besonders gefordert waren. Dies hatte den positiven Nebeneffekt, dass diese Berufe eine Aufwertung erfahren haben, da deutlich wurde, wie wichtig diese Berufsfelder sind. Es bleibt aber festzustellen, dass diese Berufe immer noch schlecht bezahlt sind, obwohl sie eine anspruchsvolle und zum Teil auch langwierige Ausbildung erfordern.

Aus Perspektive der Offenbacherin, die wir für diese Thematik für ein Interview gewinnen konnten, will ein Großteil der Frauen erwerbstätig sein und eine Anerkennung abseits der Sorgearbeit in der Familie erhalten. Sie betont, dass jedoch viele Frauen Angst haben, den Schritt in die Arbeitswelt zu gehen, weil sie sich das aus verschiedenen Gründen nicht zutrauen. Zum einen, weil sie neben den Familienpflichten fürchten, nicht die Zeit zu haben, einer Arbeit nachzugehen, ohne dass dies auf Kosten der Familie geht, zum anderen sind viele nach der Familienphase schon zu lange aus dem Berufsleben ausgeschieden, sodass sie sich eher in unterqualifizierte Jobs begeben.

3.1.2.2 Zielgruppenanalyse

Im Themenbereich Entgeltgleichheit sind es hauptsächlich Frauen während und nach der Familienphase, die sich an die Beratung wenden, um sich neu zu orientieren. Zu nennen sind bspw. Frauen, die, wie unsere Interviewpartnerin, vor der Familienphase eine Ausbildung in einem bestimmten Bereich gemacht haben und dann feststellen, dass diese Tätigkeit mit den Familienpflichten nicht mehr vereinbar ist. Seit der Familienservice wieder in den gleichen Räumlichkeiten angesiedelt ist wie die Beratungsstelle, so die Expertin, erhöht sich auch die Sichtbarkeit für die Personengruppe, die Kindergeld oder Zuschüsse beantragt, und es entsteht eine Möglichkeit der Vernetzung.

3.1.2.3 Vorhandene Angebote und Vernetzung mit anderen Akteuren

Die Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) in der Agentur für Arbeit Offenbach¹³ unterstützt Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen bei Fragen rund um das Thema Förderung von Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Angebote reichen von persönlicher Beratung, sei es vor Ort, telefonisch oder per Video bis hin zur Teilnahme an Veranstaltungen und Projekten. Den Weg finden die Interessierten laut unserer Expertin über die Homepage oder direkt in der Beratungsstelle. Darüber hinaus gibt es die Berufsberatung an Schulen und Berufsschulen, die junge Menschen anspricht, die das auch aktiv nutzen. Schwer wird es, diejenigen zu erreichen, die nicht mehr in der Schule sind. Für die Stadt Offenbach stellt Familienfreundlichkeit einen entscheidenden Faktor für Chancengleichheit im Beruf dar. Daher wurde das Netzwerk Unternehmen familienfreundlich (UFF)¹⁴ ins Leben gerufen.

Nach Auskunft der interviewten Offenbacherin stellen Begegnungsstätten insbesondere für Mütter eine Chance dar, sich zu vernetzen und durch den Austausch zu erfahren, welche Perspektiven und Möglichkeiten sich ihnen bieten. Dieser Austausch ist zudem wichtig für die Motivation, denn viele Frauen wollten sich nicht auf die Mutterrolle reduzieren lassen, sondern ihre Rechte als Frauen wahrnehmen. Dazu dienen zudem Angebote, die Frauen bei Problemen unterstützen wie beispielsweise das Angebot der Von-Ich-Zu-Ich gGmbH.¹⁵ Hier finden Frauen Hilfe beim Ausfüllen von Papieren, bei den Hausaufgaben der Kinder und weiteren Herausforderungen, die das Familienleben bereithält. Beide Interviewpartnerinnen sehen auch die Kirchen- und Moscheegemeinden als wichtige Orte der Vernetzung und des Austauschs.

3.1.2.4 Handlungsempfehlungen

Es gibt in der Stadt Offenbach bereits viele Angebote, die die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, und Frauen in herausfordernden Situationen Unterstützung bieten. Auch Angebote wie Krabbeltreffs und Deutschkurse mit Kinderbetreuung sind zwar vorhanden, reichen aber nicht aus, so die befragte Offenbacherin, außerdem seien sie bei der Zielgruppe oft nicht bekannt. Das bestätigt auch unsere Expertin. Neben den fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die das größte Problem in der Vereinbarkeit darstellen, mangelt es auch an Sichtbarkeit der einzelnen Angebote.

Es müssten darüber hinaus Orte der Begegnung geschaffen werden, wo Frauen auch mit ihren Kindern hingehen könnten, um unkompliziert ins Sprechen und ins Tun zu kommen. Orte, wo man ihnen auch Möglichkeiten aufzeigt, um sie aus der Isolation zu holen. „Aus der Isolation, die das Gefühl auslöst, sich für alles verantwortlich zu fühlen – die Familie, die Kinder, den Mann, die Angehörigen,“ sagt die Expertin.

Einen Lösungsansatz für mehr Vereinbarkeit und damit letztlich auch für das Recht auf Entgeltgleichheit sieht die Expertin in der Anpassung der Rahmenbedingungen für Teilzeitausbildung. Zurzeit sei es so, dass zwar Unternehmen für das Modell gewonnen werden können, die teilzeitbeschäftigten Auszubildenden die Berufsschule jedoch zu den gleichen Konditionen besuchen müssen, wie die vollzeitbeschäftigten Auszubildenden. Dies bringe für die Unternehmen den Nachteil, dass die Arbeitszeitreduzierung

¹³ Vgl. <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/offenbach/bca>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

¹⁴ Vgl. https://www.offenbach.de/buerger_innen/familie_soziales/frauen_und_maedchen/meldungen/frauenbuero-uff-auszeichnung16.10.2023.php.media/175031/UFF-Broschuere-2023.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

¹⁵ Vgl. <https://vonichzuich.de/>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

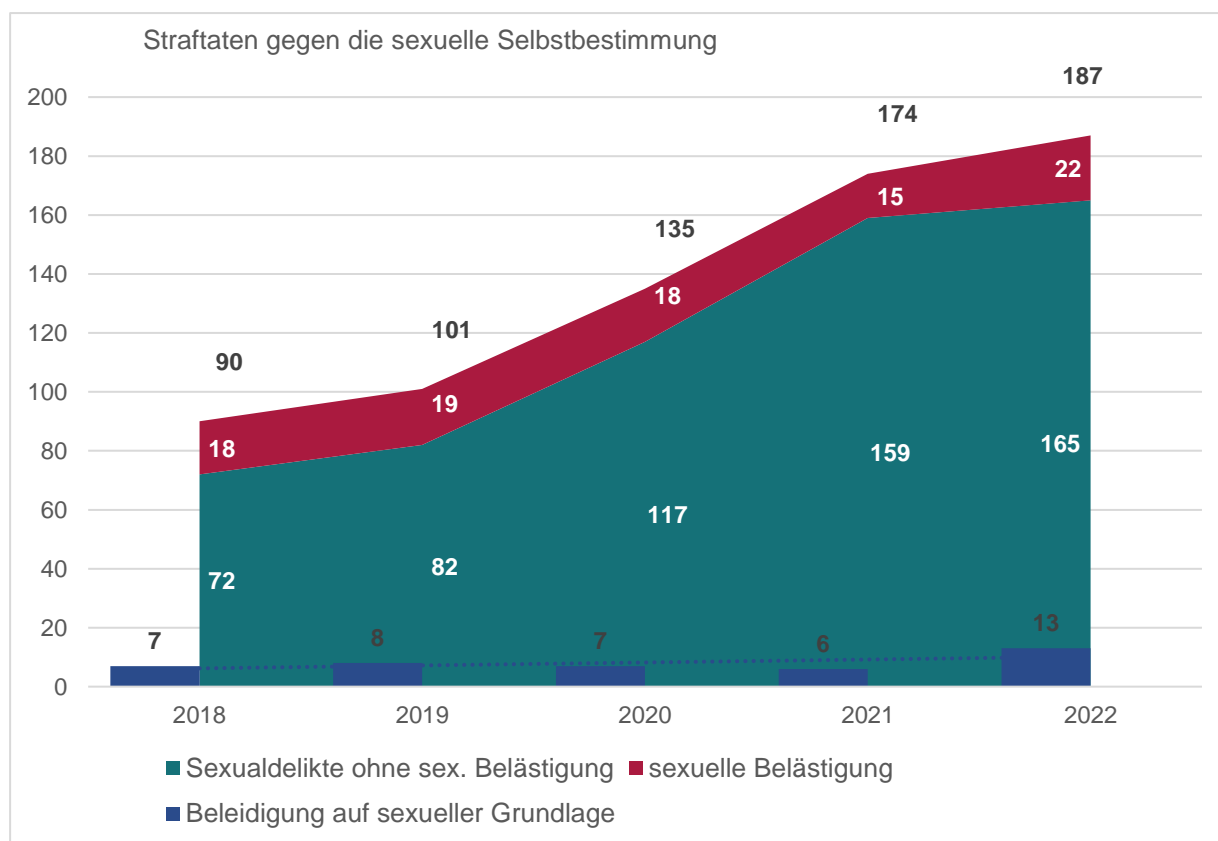
stärker zu Lasten der Zeiten im Betrieb gehe. Außerdem bestehe unter Umständen wieder das Problem, dass die Berufsschulzeiten nicht mit den Kinderbetreuungszeiten abzudecken sind.

3.2 Recht auf ein gewaltfreies Leben

Gewalt gegen Frauen äußert sich in vielen Facetten: körperliche, seelische und sexualisierte Gewalt wird nach wie vor in der Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommen. Frauen selbst wenden sich aus Scham oder Angst zu selten an die zur Verfügung stehenden Beratungsstellen. Durch intensive Kampagnen auch seitens der Bundesregierung tritt das Thema deutlicher in den Vordergrund und wird zunehmend thematisiert.¹⁶ Häufig geschieht Gewalt innerhalb familiärer Strukturen, aus denen es den Frauen nicht oder nur schwer gelingt, auszubrechen. Dies geht in den meisten Fällen einher mit finanzieller oder gesellschaftlicher Abhängigkeit, der nicht vorhandenen Möglichkeit, einen Lebensunterhalt für sich und ggf. in der Partnerschaft vorhandene Kinder zu bestreiten, und Bedrohungsszenarien seitens der Männer.¹⁷

3.2.1 Zur Situation in Offenbach

Abbildung 4: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Offenbach (2018-2022)



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2020 und 2022, eigene Darstellung (involas).

¹⁶ Vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/haeusliche-gewalt/formen-der-gewalt-erkennen-80642>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

¹⁷ Vgl. BMFSFJ / BMJV (2019) (Hrsg.): Mehr Schutz bei häuslicher Gewalt, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/mehr-schutz-bei-haeuslicher-gewalt-81936>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

Die Zahlen der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind in den vergangenen fünf Jahren in Offenbach deutlich angestiegen (vgl. Abbildung 4). Als Ursache hinter den gestiegenen Fallzahlen vermutet die Polizei auch eine mit der vermehrten Medienpräsenz des Themas einhergehende erhöhte Anzeigebereitschaft der Opfer (vgl. PKS 2022, S.10).

Kampagnen wie der Frauenmarsch und weitere Aktionen rund um den Weltfrauentag am 08. März, sowie Plakataktionen während der Corona-Pandemie mit Hinweis auf telefonische Hilfeangebote in Hauseingängen und Geschäften¹⁸ sowie der Arbeitskreis gegen häusliche und sexuelle Gewalt der Stadt Offenbach tragen maßgeblich zur Sichtbarkeit des Themas bei und machen Frauen Mut, sich zu melden und Gewaltverbrechen zur Anzeige zu bringen.

Anders verhält es sich mit den Fallzahlen zur häuslichen Gewalt an Frauen. Diese sind nach einem leichten Rückgang in 2019 im Jahr 2020 wieder angestiegen. Einen starken Einbruch um 18,5 Prozent verzeichnete die Polizei Südhessen dann wieder im Jahr 2021 (vgl. Tabelle 1). Dieser Rückgang ist möglicherweise auf die Tatsache zurückzuführen, dass man zum einen aufgrund der Lockdowns häufig nicht die Möglichkeit hatte, eine Beratung aufzusuchen oder aufgrund der häuslichen Situation telefonisch nicht in Anspruch nehmen konnte, zum anderen daran, dass in der Pandemie die Kinderbetreuung im häuslichen Umfeld stattfand und man die eigenen Bedürfnisse zurückstellte. Ein ähnlicher Einbruch ist beispielsweise jährlich während der Sommerferien bei den Beratungen zu sexualisierter Gewalt zu verzeichnen, wie uns eine der beiden Expertinnen bestätigte.

Tabelle 1: Gewalt im Geschlechterverhältnis

	2018	2019	2020	2021
Fälle häuslicher Gewalt	228	202	222	181
Vergewaltigung/ Sex. Nötigung	17	13	17	27
Stalking	15	16	17	23
Straftaten gegen das Leben	3	0	1	0

Quelle: Polizei Südhessen aus „Frauen in Offenbach 2022“, eigene Darstellung (involas).¹⁹

Die Dunkelziffer dürfte sowohl bei häuslicher Gewalt als auch bei sexualisierter Gewalt deutlich höher liegen. Schaut man in den Jahresbericht der Stadtpolizei Offenbach²⁰, so wird darauf hingewiesen, dass sich von 449 Fällen registrierter Ruhestörung in 2019 und 1.376 Fällen in 2021 eine gewisse, statistisch jedoch nicht erfasste Anzahl als häusliche Gewalt entpuppten. Die Fälle an registrierter Ruhestörung haben deutlich zugenommen, was annehmen lässt, dass auch die Fälle an häuslicher Gewalt deutlich zugenommen haben, statistisch aber nicht erfasst wurden.

Im Frauenhaus Offenbach stehen zwölf Zimmer mit unterschiedlicher Bettenanzahl (1 bis 5) zur Verfügung. Im Schnitt befanden sich pro Nacht 27 (2019), 23 (2020), 19 (2021) bzw. 24 (2022) Personen (Frauen* und Kinder) im Frauenhaus. Die Durchschnittsbelegung (vgl. Tabelle 2) errechnet sich aus der

¹⁸ Vgl. <https://www.fr.de/frankfurt/truegerische-statistik-13783813.html>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

¹⁹ Alle Fälle beziehen sich auf weibliche Opfer.

²⁰ Vgl. https://www.offenbach.de/vv/oe/verwaltung/Ordnungsamt_Stadtpolizei.php.media/105057/Jahresbericht-Stadtpolizei-2019.pdf und https://www.offenbach.de/vv/oe/verwaltung/Ordnungsamt_Stadtpolizei.php.media/143284/Jahresbericht-Stadtpolizei-2021.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

Auslastung der Zimmerkapazität und der Verweildauer der Personen. Während der Pandemie wurde das ohnehin nicht ausreichende Kontingent aufgrund der Beschränkungen weiter zurückgeschraubt, was einen Einbruch der Belegungszahlen um rund 12 Prozentpunkte auf 73 Prozent in 2020 und sogar auf nur 58 Prozent in 2021 nach sich zog, wobei dies auch einem Wasserschaden geschuldet war.

Tabelle 2: Belegungszahlen Frauenhaus Offenbach (2019-2022)

	2019	2020	2021	2022
Belegung Frauen*	37	42	33	34
Belegung Kinder	54	62	38	44
Belegung insgesamt	91	104	71	78
Durchschnittsbelegung im Jahr	85%	73%	58% ²¹	77%

Quelle: Interne Statistik Frauen helfen Frauen e.V., eigene Darstellung (involas).

3.2.2 Analyse aus Sicht der Expertinnen und Frauen

3.2.2.1 Problemstellung

Nach Auskunft der Expertin ist aus der Forschung bekannt, dass unsichere Situationen und Umbrüche, wie auch die gegenwärtigen Krisen, Gewalt verstärken können.²² Demgemäß hatte die Corona-Pandemie unter den gegenwärtigen Krisen und Herausforderungen die größten Auswirkungen im Themenfeld Recht auf ein gewaltfreies Leben. Zugänge zu Hilfen und Beratungsstellen waren bundesweit, so auch in Offenbach aufgrund der Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie nicht oder nur eingeschränkt zugänglich. Die Belegung im Frauenhaus sank, die knapp bemessenen Plätze mussten noch einmal reduziert werden. Neben einem Anstieg häuslicher Gewalt wurde als besonderer Aspekt genannt, dass sexualisierte Gewalt im Rahmen von Datings ebenfalls zunahm. Weil der öffentliche Raum aufgrund der Einschränkungen insb. während des Lockdowns nicht zur Verfügung stand, verlagerten sich Treffen ins Private und ließen somit mehr Raum für Übergriffe.

Die prekäre Wohnungssituation in Offenbach verstärkte sich während der Pandemie weiter, insb. günstige Wohnungen wurden immer seltener angeboten, was dazu führte, dass die ohnehin schon viel zu lange Verweildauer der Frauen im Frauenhaus von bis zu einem Jahr aufgrund des Wohnraummangels noch einmal zunahm. Diese Situation auf dem Wohnungsmarkt wurde durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und dem damit verbundenen Zuzug von Geflüchteten noch verschärft. Familien sind häufig in nicht geeigneten Unterkünften untergebracht.

Die steigenden Zahlen in der polizeilichen Kriminalstatistik für Offenbach zeigen den hohen Bedarf an Schutzwohnungen für Frauen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, deutlich.²³ Selbst

²¹ Im Jahr 2021 gab es einen Wasserschaden mit daraus resultierendem Schimmelbefall, einige Bewohnerinnen mussten mit ihren Kindern evakuiert werden, weshalb die durchschnittliche Belegung noch einmal deutlich geringer war als in den anderen Jahren.

²² Vgl. u.a. <https://aktuell.uni-bielefeld.de/2021/10/22/institut-fuer-interdisziplinaere-konflikt-und-gewaltforschung-wird-25-jahre/>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

²³ Vgl. <https://www.frauenhaus-offenbach.de/aktuelles/standort-fuer-frauen-und-kinderhaus-offenbach-gefunden>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

nach einer Wohnungsverweisung der Person, von der die Gefahr ausgeht (auch Wegweisung genannt), bleibt häufig die Frage nach der Wohnsituation und der damit verbundenen Frage nach den finanziellen Möglichkeiten. Dies trifft auch in Situationen zu, in denen eine Trennung nötig wird, ohne gleich einen Platz in einem Frauenhaus oder einer Schutzwohnung in Anspruch nehmen zu müssen. Häufig sind die Frauen finanziell abhängig und nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätig, was wiederum auch dem bereits oben angesprochenen Mangel an Betreuungsmöglichkeiten geschuldet ist (vgl. Abschnitt 3.1).

In Familien und Partnerschaften mit Migrationsgeschichte kommen mangelnde Deutschkenntnisse erschwerend hinzu. Bei Familien, die Bürgergeld erhalten oder beim Jobcenter gemeldet sind, ist es mitunter schwer, dem Jobcenter zu erklären, dass die Familie nun getrennt lebt und ein separater Wohnraum für die Frau finanziert werden muss. Besonders schwer ist dies bei nicht erwerbstätigen Familien, bestätigt uns die zweite Expertin aus Offenbach. Auch Institutionen wie das Jugendamt sind in der Beratung ein großes Thema, mangelnde Kenntnis der Rolle und der Aufgaben der Institutionen seitens der Frauen begünstigen, dass Männer ein Bedrohungsszenario aufbauen können, das zum Teil in Aussagen wie „dann nehme ich dir die Kinder weg“ gipfelt.

Dass der Bedarf an Beratung ungebrochen ist, zeigt sich nicht nur an den genannten Herausforderungen, sondern auch an einer Zunahme der in Anspruch genommenen persönlichen Beratungen von 147 (2019) auf 273 (2020) im Verein Frauen helfen Frauen und einem Anstieg von 105 (2021) auf 139 (2022) im Frauennotruf. Außerdem macht sich der Fachkräftemangel auch in der Notfallberatung bemerkbar, denn Sozialarbeiter*innen sind Mangelware und werden dringend benötigt. Beratungskapazitäten, aber auch die Betreuung im Frauenhaus, nehmen ab, womit die ohnehin schon knappen Belegungsmöglichkeiten nicht voll ausgeschöpft werden können.

3.2.2.2 Zielgruppenanalyse

Die Frage nach einem Aufenthalt im Frauenhaus hat etwas mit Ressourcen und Privilegien zu tun und trifft daher eher sozial und finanziell schlechter gestellte Frauen, wie die Expertin ausführt. Es sind mehrheitlich jüngere Frauen zwischen 20 und 40 Jahren, häufig mit Migrationshintergrund. Schwangerschaften und Kinder bedingen eine veränderte Situation und können Gewalt befördern, aber auch den Willen stärken, sich aus einer Gewaltsituation zu lösen. Ausnahmen stellen noch jüngere Frauen dar, die beispielsweise vor einer Zwangsheirat geflohen sind, oder in der Elternfamilie Gewalt erfahren. Selten kommt es vor, dass sich Seniorinnen in der Beratung melden, weil es ihnen reicht und sie wissen möchten, was sie tun können.

3.2.2.3 Vorhandene Angebote und Vernetzung mit anderen Akteuren

In Offenbach hat der Themenbereich Recht auf ein gewaltfreies Leben einen bedeutenden Stellenwert. Dies ist nicht zuletzt auf den Arbeitskreis gegen häusliche und sexualisierte Gewalt zurückzuführen, in dem Polizei, Justiz, Stadt und Beratungsstellen gemeinsam an der Verbesserung der Hilfen arbeiten.²⁴

Die Zusammenarbeit mit der Polizei funktioniert nach Auskunft der Expertin sehr gut, es gibt die Vereinbarung, dass im Falle eines Polizeieinsatzes wegen häuslicher Gewalt das Beratungsangebot des Vereins Frauen helfen Frauen e.V. weitergegeben wird. Das ist deshalb so wichtig, weil man nach einer ausgesprochenen Wegweisung und einem Näherungs- und Kontaktverbot seitens der Polizei nur zwei Wochen Zeit hat, das bei Gericht zu verlängern.

²⁴ Vgl. https://www.offenbach.de/buerger_innen/familie_soziales/frauen_und_maedchen/gewalt_gegen_frauen/gewalt-gegen-frauen-und-kinder.php, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

Weitere Angebote wie Heroes/Sheroes²⁵, Aktionen der Kirchengemeinden, des Jugendzentrums und des Freiwilligenzentrums Offenbach, sowie die Arbeit der Caritas in der Sozial- und Migrationsberatung und der Wohnungslosenhilfe machen eine gute Vernetzung und Verweisberatung möglich.

3.2.2.4 Handlungsempfehlungen

Ein Ausbau der bereits guten Zusammenarbeit mit der Polizei ist wünschenswert insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit, die betroffenen Frauen beim Einsatz wegen häuslicher Gewalt eine Datenschutzerklärung unterschreiben zu lassen, damit diese von den Beratungsstellen kontaktiert werden dürfen, da es für betroffene Frauen eine große Hürde darstellt, sich selbst zu melden, aber gerade die ersten Tagen nach einer Gewaltsituation und dem damit einhergehenden Polizeieinsatz einen wichtigen Moment darstellen, eine Beratung anzusetzen und Wege aufzuzeigen, wie es anders weitergehen kann. Dabei machte die Expertin darauf aufmerksam, dass es an internen Datenschutzbestimmungen bei der Polizei scheitert, dass diese Möglichkeit nicht voll ausgeschöpft wird.

Der Auffassung der einen Expertin nach wären im Zusammenhang mit dem Thema „Gewalt an Frauen“ zudem mehr täterzentrierte Ansätze wünschenswert. In den meisten Fällen sind es die Frauen, die den Wohnort, ihren Arbeitsplatz und das gewohnte Umfeld verlassen (müssen). Auch wenn Kinder in der Beziehung vorhanden sind, wird es häufig den Frauen auferlegt, etwas an der Gewaltsituation zu verändern oder ihr zu entkommen, so die zweite Expertin.

Beide Expertinnen sind der Meinung, dass es außerdem mehr Präventionsmaßnahmen an Schulen und in Weiterbildungsstätten geben müsse, die sich mit dem Thema Gewalt auseinandersetzen, und verdeutlichen, wann etwas als Gewalt zu verstehen ist. Für solche Angebote mangelt es allzu oft an Personal. Darüber hinaus solle sich verstärkt mit der Vermittlung eines neuen Rollenverständnisses in der frühkindlichen Bildung, etwa in der Kita, sowie in der Grundschule, aber auch in den Familien eingesetzt werden. Wichtig sei es, Männer für die Bewerbung in als „weiblich“ deklarierten Berufsfeldern wie Kinderbetreuung und für ein aufgeklärtes Rollenverständnis im Allgemeinen zu gewinnen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist – trotz der vielen Angebote – die mangelnde Kenntnis der betroffenen Frauen von den vorhandenen Institutionen und Angeboten sowie der relevanten Institutionen und Akteure untereinander. Informationsveranstaltung in Form von Workshops für mehr Aufmerksamkeit und gegenseitiges Verständnis seien möglicherweise ein Mittel, dieses Wissen zu vermitteln und den Kenntnisstand zu erhöhen.

3.3 Recht auf Bildung und Information

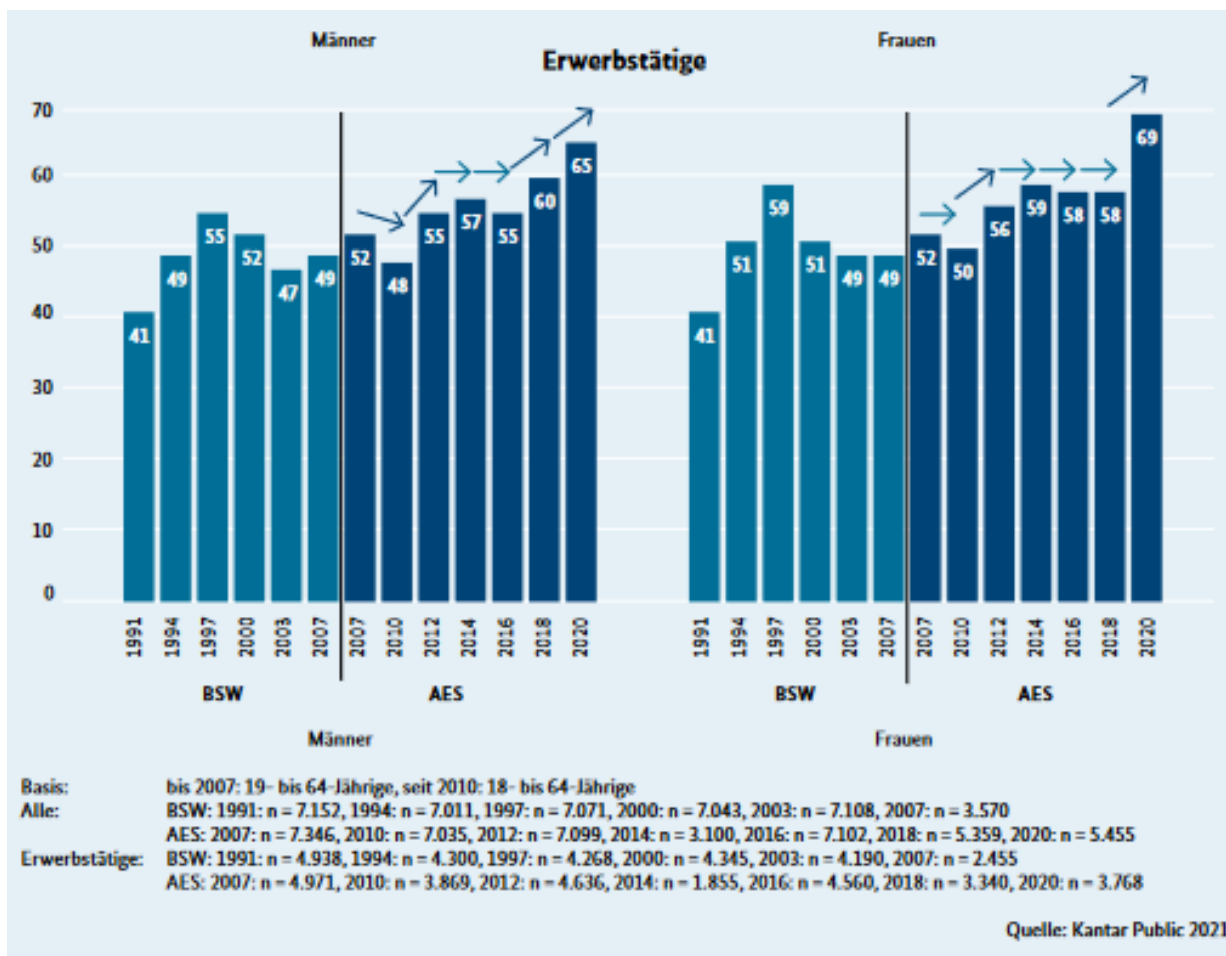
Der Anteil von Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen hat im Vergleich zu früher deutlich zugenommen. Die Betrachtung von Bildungsungleichheiten nach Geschlecht²⁶ zeigt, dass Mädchen in der Schule erfolgreicher sind als Jungen, sie erhalten häufiger eine Gymnasialempfehlung und machen häufiger das Abitur. Dennoch sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, da sie weniger verdienen als Männer und häufiger Teilzeit arbeiten (vgl. Abschnitt 3.1). Häufig sind es die Frauen, die während der Familienphase zurückstecken und die Sorgearbeit zu größten Teilen übernehmen. Nach einer längeren Auszeit vom Beruf ist es schwer, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzufinden.

²⁵ Vgl. <https://www.op-online.de/offenbach/raus-aus-patriarchalen-strukturen-91436337.html>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

²⁶ Vgl. Hannover, Bettina/Ollrogge, Karen (2021): Bildungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern, bpb, <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/315992/bildungsungleichheiten-zwischen-den-geschlechtern/>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung liegen die Teilnahmequoten von Frauen und Männern deutschlandweit in etwa gleichauf und sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Der Anstieg an Weiterbildungen unter Frauen ist dabei deutlich höher (plus acht Prozentpunkte) als bei Männern (plus drei Prozentpunkte) (vgl. Abbildung 5). Dabei beteiligten sich Männer häufiger an betrieblicher Weiterbildung (50 Prozent vs. 46 Prozent), wohingegen Frauen sich eher an individueller beruflicher Weiterbildung (10 Prozent vs. 8 Prozent) und nicht berufsbezogener Weiterbildung (20 Prozent vs. 15 Prozent) beteiligten.²⁷

Abbildung 5: Weiterbildungsbeteiligung von erwerbstätigen Frauen und Männern in Deutschland



Quelle: BMBF 2022, S. 38.

3.3.1 Zur Situation in Offenbach

Schaut man sich die Schulabgänger*innenquoten in Offenbach an, bestätigt das den bundesweiten Eindruck. Deutlich mehr Absolventinnen (63 Prozent) als Absolventen (37 Prozent) an allgemeinbildenden Schulen in Offenbach haben eine Hochschulreife erlangt (vgl. Abbildung 6).

²⁷ Vgl. BMBF (2022): Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2020, https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/1/31690_AES-Trendbericht_2020.pdf?__blob=publicationFile&v=4, S. 37f, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

Abbildung 6: Schulabgangsquoten an allgemeinbildenden Schulen in Hessen und Offenbach nach Geschlecht (2018/19 bis 2021/22)

	2018/19				2019/20				2020/21				2021/22			
	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen ohne Hauptschulabschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit mittlerem Abschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen ohne Hauptschulabschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit mittlerem Abschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen ohne Hauptschulabschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit mittlerem Abschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen ohne Hauptschulabschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit mittlerem Abschluss	Summe von Schulabgänger, Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife
Hessen	3042	9866	23629	20299	3154	9033	23269	18650	2401	8969	22781	18788	3000	8589	23220	15623
männlich	1893	5870	12478	8933	1975	5561	12305	8202	1507	5331	12009	8485	1791	5126	12202	6861
in Prozent	62%	59%	53%	44%	63%	62%	53%	44%	63%	59%	53%	45%	60%	60%	53%	44%
Ausländer	542	1270	1320	480	554	1233	1321	362	449	1214	1293	400	532	1243	1371	342
Deutsche	1351	4600	11158	8453	1421	4328	10984	7840	1058	4117	10716	8085	1259	3883	10831	6519
weiblich	1149	3996	11151	11366	1179	3472	10964	10448	894	3638	10772	10303	1209	3463	11018	8762
in Prozent	38%	41%	47%	56%	37%	38%	47%	56%	37%	41%	47%	55%	40%	40%	47%	56%
Ausländer	288	767	1281	656	322	810	1301	531	241	917	1348	459	351	905	1378	468
Deutsche	861	3229	9870	10710	857	2662	9663	9917	653	2721	9424	9844	858	2558	9640	8294
Offenbach am	94	310	471	324	71	262	421	375	65	276	436	263	109	272	446	358
männlich	53	177	228	132	34	155	205	138	38	152	238	92	69	146	217	132
in Prozent	56%	57%	48%	41%	48%	59%	49%	37%	58%	55%	55%	35%	63%	54%	49%	37%
Ausländer	24	68	68	27	15	59	64	24	14	58	76	16	36	58	61	16
Deutsche	29	109	160	105	19	96	141	114	24	94	162	76	33	88	156	116
weiblich	41	133	243	192	37	107	216	237	27	124	198	171	40	126	229	226
in Prozent	44%	43%	52%	59%	52%	41%	51%	63%	42%	45%	45%	65%	37%	46%	51%	63%
Ausländer	15	43	63	29	12	42	69	51	14	42	73	19	18	51	76	29
Deutsche	26	90	180	163	25	65	147	186	13	82	125	152	22	75	153	197

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2023, eigene Berechnung (involas).

Frauen wollen am beruflichen Leben teilhaben. Das zeigt sich auch in den Beratungszahlen der kommunalen Weiterbildungsberatung (vgl. Tabelle 3). Hier sind es deutlich mehr Frauen, die Beratung suchen.

Tabelle 3: Entwicklung der Einzelberatungen in der kommunalen Weiterbildungsberatung webb

	2019	2020	2021	2022
Beratene Personen	231	174	112	107
Davon weiblich	168	133	89	84

Quelle: Interne Statistik kommunale Weiterbildungsberatung webb, eigene Darstellung (involas).

Die Beratungszahlen sind während der Pandemie drastisch eingebrochen. Das komplette erste Halbjahr 2021 konnten keine Beratungen in Präsenz durchgeführt werden. Zum 31.12.2021 fiel zudem die Bildungsprämie des Bundes weg, was zu einem weiteren Rückgang der Beratungszahlen in 2022 geführt hat. Nicht erfasst sind in obiger Tabelle die Gruppenberatungen und Informationsveranstaltungen der Beratungsstelle.

Die Nachfrage nach Integrationskursen ist groß, das Angebot nicht ausreichend. Allein die Volkshochschule (vhs) Offenbach bietet 43 Integrationskurse an. Zusätzlich 13 „Mama lernt Deutsch“-Kurse und einen DeuFöV-Kurs. Aus 43 Integrationskursen mündet ein einziger in einem B2 Kurs und das nicht aus

Mangel an Nachfrage, sondern an der Einschränkung, dass B2 Kurse nur für Personen angeboten werden, die in Erziehungs- und Pflegeberufen münden möchten, was insbesondere für Frauen zutrifft. Es stehen 250 Personen auf der Warteliste, was einen Umfang von weiteren zehn Kursen bedeuten würde. Die Wartezeit für einen Kurs mit Kinderbetreuung oder in den Abendstunden beträgt mindestens ein Jahr. Gleiches gilt für die Alphabetisierungskurse. Nachmittagskurse haben nur eine Wartezeit von ein bis zwei Monaten, sie sind jedoch aufgrund von Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten nicht sehr nachgefragt.

3.3.2 Analyse aus Sicht der Expertinnen und Frauen

3.3.2.1 Problemstellung

Die kommunale Weiterbildungsberatung webb²⁸ ist an der vhs Offenbach angesiedelt und Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, wird aber häufiger von Bürgerinnen in Anspruch genommen. Die Beratung ist kostenfrei und unabhängig und steht in keiner Verbindung zu Institutionen wie Arbeitsagentur oder Jobcenter. Häufig stellen Beratungsangebote der Ämter und Behörden eine Hürde dar, die nur schwer zu überwinden ist. Im Gespräch berichtete uns die interviewte Expertin, dass Frauen häufig selbstkritischer sind und sich im Berufsleben oft nicht das zutrauen, was sie fähig sind, zu leisten. Dies zeigt sich insbesondere bei Wiedereinsteigerinnen, häufig gut qualifizierten Frauen mit einem akademischen Abschluss, die man nach längerer Pause erst überzeugen muss, an ihren erlernten Kompetenzen anzuknüpfen.

Die Bevölkerungsstruktur in Offenbach verändert sich, erklärt die Expertin. Waren es zunächst Frauen mit Migrationshintergrund aus der Türkei oder Marokko mit relativ niedrigen Bildungsabschlüssen oder kaum anerkannten Schulabschlüssen auf der einen Seite und gut ausgebildete Frauen ohne Migrationshintergrund auf der anderen Seite, die zu ihr in der Beratung kamen, hat sich das heute gewandelt. In den Integrationskursen sitzen viele gut ausgebildete Frauen, denen erst einmal die Sprachkenntnisse fehlen. Um diese kompetent auszubauen, fehlen die Unterstützungsstrukturen. Es gibt zwar die Integrationskurse, mittlerweile auch auf B2-Niveau, aber C1- oder C2-Kurse werden in Offenbach gar nicht angeboten.

Die Pandemie hat die Situation noch einmal verstärkt. Viele Frauen haben ihre Minijobs komplett verloren oder mussten in Kurzarbeit. Einige wollten in dieser Zeit eine Weiterbildung machen, was häufig an der/am Arbeitgeber*in gescheitert ist, aus Angst die Mitarbeiterin könne danach mehr Lohn verlangen oder gar kündigen. Da es kein Weiterbildungs-Bafög analog zum Aufstiegs-Bafög gibt, haben viele Frauen nicht die privaten Mittel, es ohne die Arbeitsagentur zu stemmen. Dafür muss die/der Arbeitgeber*in aber zustimmen. Während der Pandemie kam erschwerend die mangelnde Ausstattung an technischem Gerät und die Doppelbelastung durch Kinderbetreuung und ggf. Homeoffice dazu. Mit dem Wegfall der Bildungsprämie hat sich die Situation noch einmal verschärft.

Laut unserer Expertinnen waren und sind Integrations- und Deutschkurse für viele Frauen mit Migrationsgeschichte die einzige Möglichkeit, Kontakt mit der Welt außerhalb der Familie aufzunehmen. Während der Pandemie ist das komplett weggefallen. Alphabetisierungs- und Deutschkurse konnten nur schwer online angeboten werden. Der Ort der Begegnung, wo man sich austauschen konnte, war nicht verfügbar.

²⁸ Vgl. https://www.offenbach.de/buerger_innen/bildung/bildungsberatung_und_koordinierung/020-weiterbildungsberatung.php, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

3.3.2.2 Zielgruppenanalyse

Gemäß der befragten Expertin haben in der Regel zwischen 60 bis 70 Prozent der Ratsuchenden einen Migrationshintergrund. Altersmäßig am stärksten vertreten ist die Altersgruppe von 25 bis 45 Jahren, gefolgt von den 46- bis 60-Jährigen. In dieser Altersgruppe sind es besonders die Mütter, die nach einer längeren Familienphase eine neue Perspektive suchen. Darüber hinaus haben die Ratsuchenden unterschiedlichste Schulabschlüsse und daher sehr individuelle Beratungsbedarfe.

Die „Mama lernt Deutsch“-Kurse richten sich ausschließlich an Frauen mit Migrationshintergrund jeder Altersstufe. Auch in den Integrationskursen der vhs finden sich Frauen aller Altersstufen.

3.3.2.3 Vorhandene Angebote und Vernetzung mit anderen Akteuren

Das genannte Beratungsangebot der kommunalen Weiterbildungsberatung webb ist ein guter Anlaufpunkt für Frauen, die sich beruflich neu oder wieder orientieren wollen. Als unabhängige, kostenfreie Institution gibt sie die Möglichkeit, sich zu informieren, ohne gleich Verpflichtungen einzugehen.

Desweiteren berichtet die Expertin vom KIZ, das das Mentor*innenprogramm MENT2BE und eine Kooperation mit Social Business Women (SBW) anbietet.

Weitere Angebote, die aufgezeigt wurden, sind:

- Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) in der Agentur für Arbeit
- Integrationslots*innen, die auch Ansprechpartner*innen für alle möglichen Fragen sind, die für Frauen interessant sein könnten, beim Freiwilligenzentrum Offenbach (FzOF) angesiedelt
- Elternorientierte Bildungsarbeit bei der vhs, was für Frauen auch von daher interessant ist, da es hier Mentor*innen gibt, die in den Muttersprachen über Bildungs- und Erziehungsthemen und Übergänge Kita-Schule informieren
- Angebote von Caritas und anderen freien Trägern, zum Beispiel das Café International
- Ukraine-Café mit Beratungsstruktur bei der vhs
- Stadtteilbüros als Begegnungsstätten

3.3.2.4 Handlungsempfehlungen

Wünschenswert, so die Expertin, seien individuelle Fördermöglichkeiten für Bildung, beispielsweise über Stipendienprogramme wie SABA der Crespo Foundation²⁹. Praktikumsmöglichkeiten zur Berufserprobung fehlen. Wenn die Praktika länger dauern, dann müsste die/der Arbeitgeber*in sie auch bezahlen, es sei denn, es sind Pflichtpraktika, die zu bestimmten Berufsfeldern oder zum Studium gehören. Auch Angebote, für zwei bis drei Tage irgendwo reinschnuppern zu können, fehlten. Gerade bei Frauen mit Migrationshintergrund, die viele Berufe gar nicht kennen – es gibt 360 verschiedene Ausbildungsberufe und 8.000 verschiedene Studienmöglichkeiten in Kombination, das ist sehr umfangreich. Dafür bräuchte es einen Rahmen.

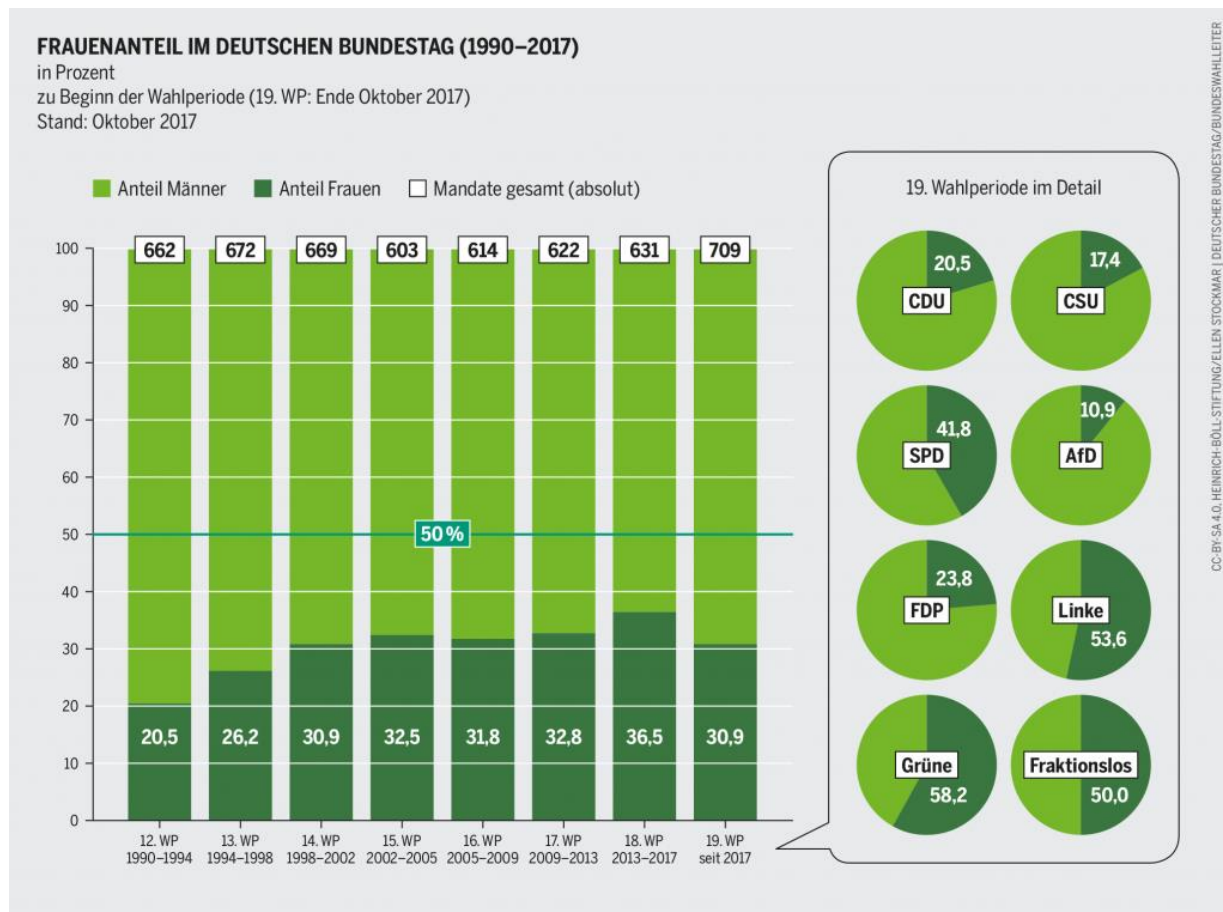
Auch die anderen Expertinnen bestätigen, dass Orte der Begegnung für die (Weiter-)Bildung und Information von Frauen ein wichtiger Faktor sind, insbesondere für Frauen mit Migrationshintergrund. Hierzu zählen nicht nur Begegnungen mit anderen „Betroffenen“ sondern vor allem auch mit deutschen Frauen, um die Gegebenheiten und die Sprache besser kennenzulernen. Außerdem sei es dringend nötig, dass mehr Träger Abendkurse für Integrationskurse anbieten, es mangle aber häufig am Personal.

²⁹ Vgl. <https://www.crespo-foundation.de/de/programm/saba>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

3.4 Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung in Politik

In einer Demokratie sollen Frauen und Männer gleichermaßen politisch mitbestimmen und teilhaben. In der Praxis sieht das jedoch sowohl im Deutschen Bundestag als auf Länder- und kommunaler Ebene in den meisten Parteien anders aus. Auch wenn sich Frauen und Männer im Wahlverhalten kaum noch voneinander unterscheiden, sind Frauen parteilich und parlamentarisch deutlich unterrepräsentiert (vgl. Abbildung 7).³⁰

Abbildung 7: Frauenanteil im Deutschen Bundestag



Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung, Ellen Stockmar, Deutscher Bundestag, Bundeswahlleiter, Lizenz: CC-BY-SA 2.0.³¹

3.4.1 Zur Situation in Offenbach

„Eine Frau, die in der Politik Karriere machen will, sollte nach Offenbach gehen!“³². Im fünften Ranking zur Frauenrepräsentation in der Kommunalpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung (vgl. Holtkamp/Wiechmann 2022, S.9) ist die Stadt Offenbach als Siegerin hervorgegangen. Warum das so ist, zeigen die Zahlen in den folgenden Abbildung 8, Abbildung 9 und Abbildung 10.

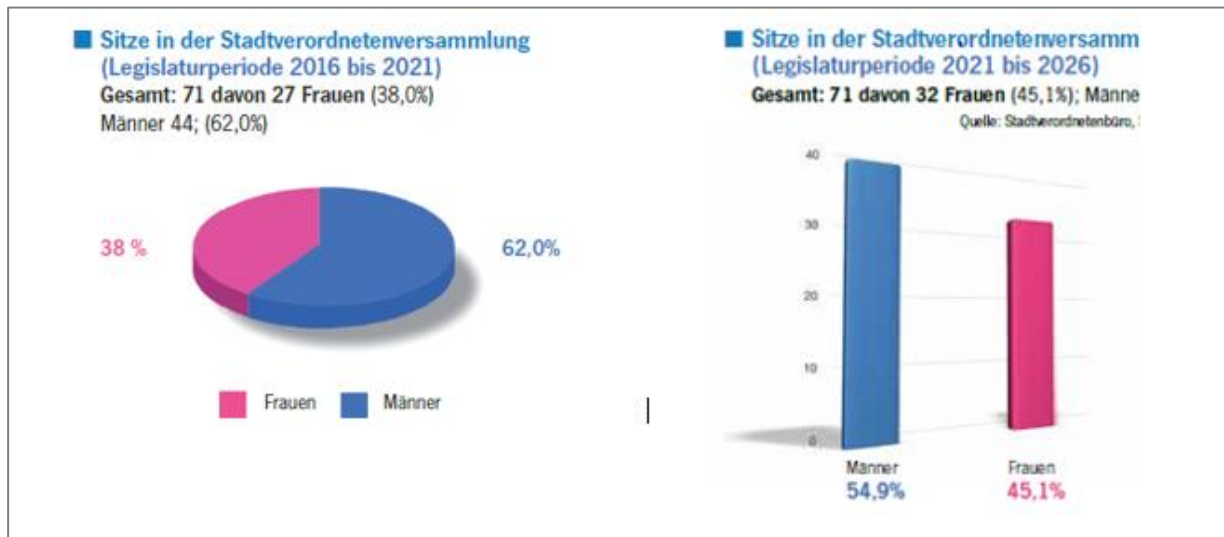
³⁰ Vgl. <https://www.boell.de/de/2019/01/16/100-jahre-frauenwahlrecht-100-jahre-ungleichheit>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

³¹ Vgl. <https://www.boell.de/de/2019/01/16/100-jahre-frauenwahlrecht-100-jahre-ungleichheit>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

³² Vgl. <https://www.fr.de/politik/frauen-auf-nach-offenbach-91907815.html>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

In der Sitzverteilung der Stadtverordnetenversammlung ist ein eindeutiger Anstieg der Frauenrepräsentation von 38 Prozent (Legislaturperiode 2016-2021) auf 45 Prozent (Legislaturperiode 2021-2026) zu verzeichnen.

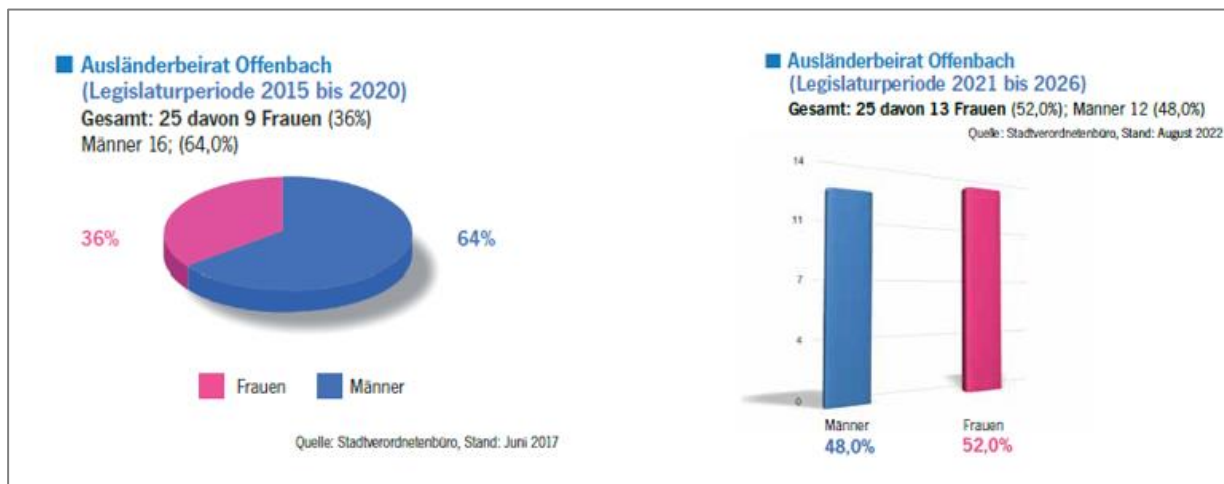
Abbildung 8: Sitze in der Stadtverordnetenversammlung nach Geschlecht



Quelle: Stadtverordnetenbüro, Stand August 2022 und Juni 2017, aus „Frauen in Offenbach“.

Noch deutlicher ist der Anstieg im Ausländerbeirat. Seit der letzten Legislaturperiode gab es hier einen Zuwachs von 16 Prozentpunkten von 36 auf 52 Prozent. Damit haben Frauen 4 Prozent mehr Sitze im Ausländerbeirat als Männer.

Abbildung 9: Verteilung Ausländerbeirat nach Geschlecht

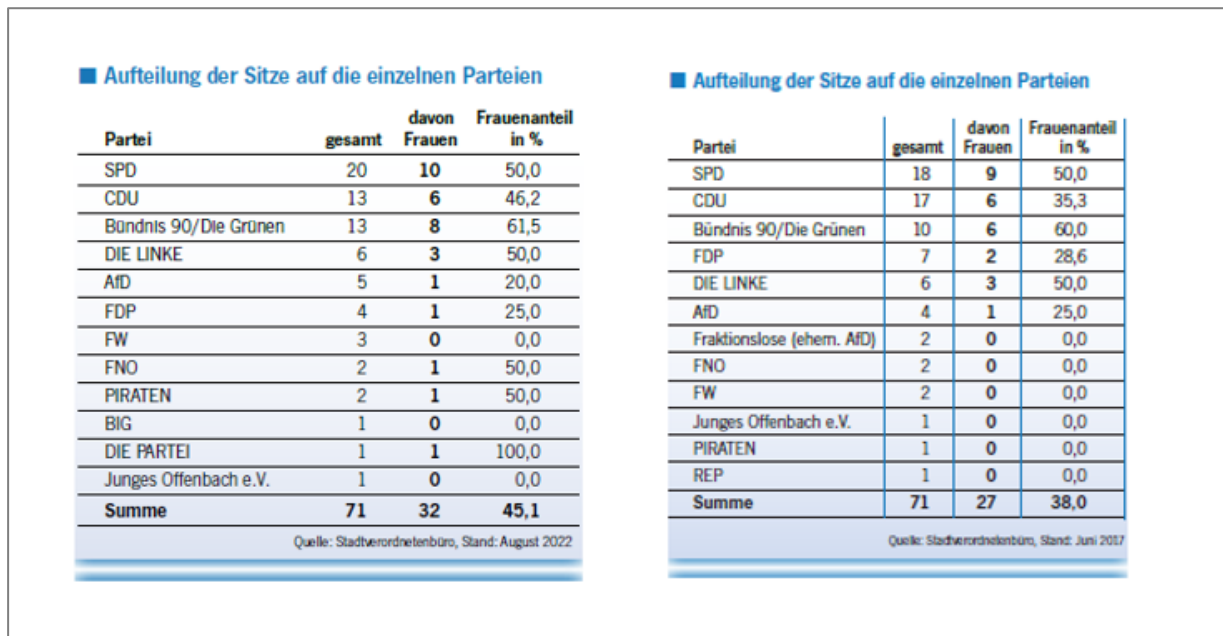


Quelle: Stadtverordnetenbüro, Stand August 2022 und Juni 2017, aus „Frauen in Offenbach“.

In den Parteien zeichnet sich bei der Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung ein ähnliches Bild wie auf Bundesebene im Bundestag ab. Die konservativen Parteien haben hier noch einen deutlichen

Nachholbedarf, wohingegen die SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen mit einem Frauenanteil zwischen 50 und 60 Prozent vorne liegen.

Abbildung 10: Aufteilung der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung auf die Parteien



Quelle: Stadtverordnetenbüro, Stand August 2022 und Juni 2017, aus „Frauen in Offenbach 2017 und 2022“.

3.4.2 Analyse aus Sicht der Expertinnen und Frauen

3.4.2.1 Problemstellung

Aus dem Gespräch mit der Expertin ging hervor, dass die größten Einschnitte im politischen Engagement während der Corona-Pandemie festzustellen waren, da auch von den politisch aktiven Frauen die Haupt-sorgearbeit für Kinder und Haushalt vermehrt übernommen wurde. Im Hinblick auf die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die damit einhergegangene Einwanderung von überwiegend weiblichen Geflüchteten mit ihren Kindern zeigt sich ebenfalls eine besondere Herausforderung für Frauen. Man versuche, auch die nach Deutschland eingewanderten Menschen zur politischen Teilhabe zu bewegen, aber gerade in der Ukraine-Krise zeigt sich, dass besonders die zugewanderten Frauen erst einmal die Sorgen haben, ihre Kinder in eine Kita oder einer Schule unterzubringen, bevor sie sich überhaupt auf Themen wie Erwerbstätigkeit und politische Teilhabe konzentrieren können.

Das größte Problem für eine gleichberechtigte politische Teilhabe, bestätigt unsere Expertin, ist nach wie vor der bereits mehrfach festgestellte Befund, dass Frauen aufgrund der Berufswahl weniger verdienen und häufiger in Teilzeit arbeiten sowie den Großteil der Sorgearbeit übernehmen, eben weil Männer häufig mehr verdienen. Dass sich das klassische Rollenverständnis in Krisenzeiten verstärkt, zeigt sich auch im Bereich der politischen Teilhabe von Frauen und ist vornehmlich den mangelnden Kinderbetreuungsmöglichkeiten geschuldet. Viele Frauen, so die Expertin, hinterfragen das gar nicht oder sie wissen nicht, welche Entscheidung welche Konsequenz nach sich zieht. Dazu zählt zum Beispiel, dass Familienzeiten und Teilzeitarbeit sich negativ auf die Rente auswirken können. In diesem Zusammenhang zeigt sich ein weiteres Problem, das ebenfalls bereits genannt wurde, der zunehmende Fachkräftemangel. Durch

Personalmangel sind viele Kinderbetreuungseinrichtungen unterbesetzt und können nicht die volle Kapazität an Plätzen anbieten, die eigentlich zur Verfügung stehen würden. Dabei wird ein Teufelskreis ersichtlich: Frauen, die gerne arbeiten würden, bekommen keinen Job, weil sie keinen Betreuungsplatz haben. Ohne einen Job jedoch bekommen sie jedoch keinen Betreuungsplatz.

3.4.2.2 Zielgruppenanalyse

Eine große Lücke im politischen Engagement nimmt die Expertin bei der Altersgruppe 30 bis ca. 50 Jahre wahr. Das ist die Zeit der Familienphase oder der Karrierezeit. Sich in diesem Lebensabschnitt auch noch politisch, zudem ehrenamtlich, zu engagieren, fällt vielen Frauen schwer. Alleinerziehende fallen aufgrund der mangelnden Kinderbetreuung meist ganz raus. Auch im Hinblick auf Personen mit Migrationsgeschichte spiegelt die Parteistruktur nicht die Offenbacher Bevölkerungsstruktur wider. Häufig sind es jüngere Frauen unter 30 Jahren oder ältere Frauen ab 50 Jahren, die sich politisch engagieren, das Mittelfeld fehlt. Was die soziale Stellung angeht, kommen die Mitglieder der SPD und der Grünen aus allen sozioökonomischen Schichten, Richtung Führungsspitze wird es dann jedoch akademischer, berichtet die Expertin. Bei den konservativen Parteien kämen die Mitglieder eher aus den gehobeneren Schichten.

3.4.2.3 Vorhandene Angebote und Vernetzung mit anderen Akteuren

Um die politische Teilhabe von engagierten Frauen auch in der Corona-Pandemie zu fördern, hat auch die Politik recht schnell auf Videokonferenzen für die Sitzungen umgestellt, berichtet unsere Expertin. Ein Umstand, der auch bis heute beibehalten wurde und dazu geführt hat, dass Frauen, die vorher nicht dabei waren, sich nun politisch engagieren konnten. Zu Parteitagungen können Kinder mitgebracht werden und es wird bei Abstimmungen auch eine Kinderbetreuung angeboten.

Das Frauenbüro spielt in Offenbach eine wichtige Rolle und ist sehr gut vernetzt. Dadurch konnten auch viele junge Frauen für ein politisches Engagement gewonnen werden. Die Stadtverordneten haben sich zusammengetan und ein Mentoring-Programm³³ ins Leben gerufen. Das Bewusstsein dafür, dass mehr Frauen in der Politik gebraucht werden, ist in Offenbach in jedem Fall vorhanden.

In der SPD wurde nach der Einführung bei den Grünen jetzt auch erstmalig das sogenannte Reißverschlussverfahren angewendet. Das bedeutet, dass auf den Wahllisten immer im Wechsel eine Frau und ein Mann platziert werden, erklärt die Expertin.

Ein weiterer Akteur, der die politische Teilhabe von Frauen in Offenbach fördert, ist das BüroF.³⁴ Das Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V. bietet Seminare, Exkursionen und Vorträge für Frauen zur persönlichen und beruflichen Weiterbildung sowie zu verschiedenen gesellschaftspolitischen Themen in ganz Hessen, darunter auch in Offenbach an.

Darüber hinaus haben die Parteien noch eigene Parteischulen. Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik und die Friedrich-Ebert-Stiftung bieten Kurse für Kommunalpolitikerinnen an. Diese Angebote sind deshalb so wichtig, so die Expertin, weil Frauen sehr hohe Ansprüche an sich selbst stellen und erst erfahren und akzeptieren müssen, dass es in Ordnung ist, nicht alles sofort zu wissen bzw. zu können und nicht immer präsent zu sein. In Offenbach gibt es bereits sehr viele Angebote, um Frauen abzuholen. Das oben genannte Mentoring-Programm ist nur eines dieser Ansätze. Darüber hinaus gibt

³³ Vgl. https://www.offenbach.de/buerger_innen/rathaus-politik/politik/parlament-und-fraktionen/politisches-empowerment-offenbach.php, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

³⁴ Vgl. <https://buero-frauenarbeit.de/>, zuletzt abgerufen am 10.05.2024.

es noch Aktionen im Rahmen des Wahlkampfs wie der Frauenspaziergang oder das Frauenfrühstück der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF).

3.4.2.4 Handlungsempfehlungen

Die Expertin ist der Ansicht, dass es ein politisches Netzwerk von Frauen geben müsste. Auf Landesebene trafen sich beispielsweise die frauenpolitischen Sprecherinnen mit anderen Politikerinnen, um parteiübergreifend Themen zu besprechen.

Generell müsse sich aber der Mindset ändern. Es müsse viel selbstverständlicher werden, dass Frauen sich nicht zwischen Kind und Karriere entscheiden müssen. Es gäbe jedoch viele Frauen, die sich bewusst für eine Karriere und gegen Kinder entschieden haben und der Auffassung sind, dass Frauen, die propagieren, dass beides möglich sein müsse, falsch liegen. Dafür brauche man aber auch die Väter, die mitziehen und sich für die Themen stark machen. Das Elterngeld müsse angepasst werden, so dass es nicht mehr abhängig vom Verdienst ist, wer Elternzeit nimmt und wer die Sorgearbeit übernimmt.

Im Bereich Kinderbetreuung wird viel getan, dies reicht aber noch nicht aus. Agenturen werden angesprochen, die Fachkräfte aus dem Ausland anwerben, die eine Ausbildung machen sollen. Aber auch Überlegungen, inwiefern man den Bereich öffnet, damit andere Fachkräfte, wie Logopäd*innen in der Kinderbetreuung tätig werden könnten. Auch das Thema Kitahelfer*in könnte stärker ausgebaut werden. Oft stellt sich dann das nächste Problem, dass nicht ausreichend Qualifizierungs- oder Schulungskapazitäten vorhanden sind. Oder es mangelt an Räumlichkeiten und Lehrkräften.

3.5 Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung im Engagement

Ehrenamtliches bzw. bürgerschaftliches Engagement prägt einen Großteil des gemeinschaftlichen Zusammenlebens und leistet einen bedeutenden Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.³⁵ Nicht selten wird dieses Engagement auch als „der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält“, bezeichnet.³⁶ Die letzte Erhebung des Deutschen Freiwilligensurvey (FWS) ergab im Jahr 2019 eine bundesweite Engagementquote von circa 40 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren, das entspricht rd. 30 Millionen Bürgerinnen und Bürgern (vgl. Simonson et al. 2021, S. 9).³⁷

Das Engagement findet noch immer überwiegend in Vereinen statt, auch wenn sich ein Wandel des Engagements beobachten lässt, da individuelle Mobilität zu- und die Bindung an den Wohnort und an die Vereine als Orte des Engagements abnimmt. Auch die Bereitschaft, sich zeitintensiv, langfristig und in Verantwortungsfunktionen zu engagieren, nimmt ab. Dabei blieb die Engagementquote in den letzten Wellen des FWS annähernd gleich und das Interesse sowie die Bereitschaft, sich zu engagieren, sind weiterhin ungebrochen hoch (vgl. Simonson et al. 2021, S. 40).

Das Engagementverhalten unterscheidet sich nach soziodemografischen Merkmalen, vor allem nach Geschlecht, Alter und Bildung. Demnach engagieren sich Männer, jüngere Menschen und besser

³⁵ Vgl. Kurzbericht zum Fachtag „Engagement und Zusammenhalt“ des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft und der Bertelsmann Stiftung am 16.09.2019 in Erfurt unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektnachrichten/fachtag-engagement-und-zusammenhalt>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

³⁶ Vgl. <https://www.bpb.de/die-bpb/presse/pressemitteilungen/246169/der-kitt-der-unsere-gesellschaft-zusammenhaelt/>, zuletzt abgerufen am 10.05.2024.

³⁷ Simonson Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Karnick, Nora/Arriagada, Céline/Hagen, Christine/Hameister, Nicole/Huxhold, Oliver/Tesch-Römer, Clemens (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019), https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Publikationen/5_Freiwilligensurvey_FWS_2019_-_BF.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024. Der Deutsche Freiwilligensurvey wird seit 1999 alle fünf Jahre durchgeführt und dient der nationalen Berichterstattung zum freiwilligen Engagement in Deutschland. Im Jahr 2019 wurden rd. 27.700 Personen im Rahmen einer repräsentativen telefonischen Befragung befragt.

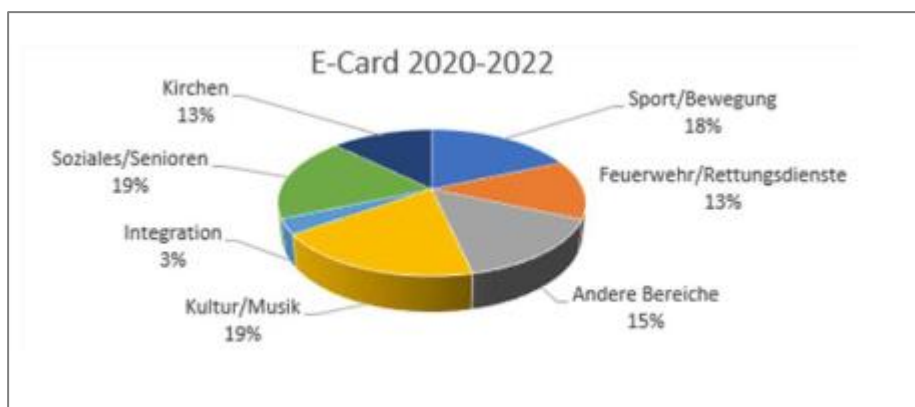
gebildete Personen häufiger (vgl. Simonson et al. 2021, S. 15ff.). Insbesondere für Frauen stellen die Faktoren Zeit, Familie und Beruf Gründe dar, ein Engagement zu beenden oder gar nicht erst zu beginnen (vgl. Huth 2023, S. 60, 62).³⁸

3.5.1 Zur Situation in Offenbach

Seit Juli 2020 ist Offenbach Teil des Netzwerks Engagierte Stadt. Darin haben sich aktuell 100 Städte zusammengeschlossen, um sich bundesweit auszutauschen, voneinander zu lernen und ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement vor Ort zu fördern.³⁹ Die Stadt Offenbach unterstreicht auf ihrer Website die Bedeutung, die bürgerschaftliches Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine lebendige Demokratie hat. In der Stadt engagieren sich viele Menschen in den unterschiedlichsten Bereichen ehrenamtlich, ob in Vereinen, Initiativen, Wohlfahrtsorganisationen, der Feuerwehr oder in Verbänden. Als Ansprechpartner in der Stadtverwaltung steht der Ehrenamtsbeauftragte zur Verfügung, der zusammen mit dem Freiwilligenzentrum Offenbach (FzOF) für die Schaffung von unterstützenden Rahmenbedingungen verantwortlich ist. Beide fungieren als Kontakt für Vereine, Organisationen, Gruppen und Institutionen sowie Einzelpersonen, die sich ehrenamtlich engagieren (wollen).⁴⁰

In den Jahren 2020 bis 2022 hat das Freiwilligenzentrum Offenbach insgesamt 710 Ehrenamtskarten für Ehrenamtliche ausgestellt, die sich über mindestens drei Jahre mindestens fünf Stunden pro Woche engagieren (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Ehrenamtskarte 2020-2022 nach Tätigkeitsbereichen



Quelle: FzOF Jahresbericht 2022.

Ein fünfköpfiges Berater*innenteam im FzOF konnte in diesem Zeitraum insgesamt 141 Beratungsanfragen bedienen. Wie dem Jahresbericht weiter zu entnehmen ist, sind in der Freinet-Datenbank 975 Freiwillige und 240 Angebote von 124 Partnerorganisationen gelistet. Die Website wurde 135.000 Mal aufgerufen, auf Facebook hat das FzOF 680 Follower*innen und 918 Abonnent*innen des E-Mail-Newsletters.

³⁸ Huth, Susanne (2023): Bürgerschaftliches Engagement in Hessen als Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Offenbach, https://www.deinehrenamt.de/mm/2023_BuergerschaftlichesEngagement-in-Hessen_involas.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

³⁹ Vgl. https://www.offenbach.de/buerger_innen/familie_soziales/buergerliches_engagement/ehrenamt/engagierte-stadt/ziele-aktionen.php, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

⁴⁰ Vgl. https://www.offenbach.de/buerger_innen/familie_soziales/buergerliches_engagement/ehrenamt/wissenswertes/engagement-wer-wo-wie.php, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

Im Rahmen des Hessischen Qualifizierungsprogramms führt das FzOF verschiedene Maßnahmen durch, die Ehrenamtliche fortbilden und schulen. 2022 wurden 13 Qualifizierungsangebote mit 133 Unterrichtseinheiten von 191 Teilnehmenden wahrgenommen. Darüber hinaus haben in den beiden Projekten für Schüler*innen 27 Lernbegleiter*innen an zwölf Offenbacher Schulen Lehrkräfte in Intensivklassen und -kursen unterstützt, sowie 18 Oberstufenschüler*innen und Studierende, sogenannte Lernbuddies, die sich zugunsten von Dritt- und Viertklässler*innen engagierten. Im Projekt Integrationslots*innen, das durch das WIR-Landesprogramm gefördert wird, engagierten sich seit Mai 2018 insgesamt 61 Ehrenamtliche mit rund 30 Sprachen in 4.850 Einsatzstunden. Von den 61 Offenbacher Lots*innen sind 75 Prozent Frauen. 85 Prozent der Lots*innen haben einen Migrationshintergrund (vgl. FzOF Jahresbericht 2022).

3.5.2 Analyse aus Sicht der Expertinnen und Frauen

3.5.2.1 Problemstellung

Nach Ansicht der Expertin besteht die Herausforderung in Offenbach darin, noch einmal genauer hinzuschauen, ob und in welchen Bereichen freiwilliges Engagement möglicherweise verzweckt wird, d.h., dass unentgeltlich Aufgaben übernommen werden, für die der Staat die Verantwortung trägt bzw. die eigentlich durch bezahlte Arbeit erbracht werden müssten. Sofern ehrenamtlich solche Aufgaben abgedeckt werden, sind vor allem Frauen dabei die Leidtragenden, weil sie sowohl als Ehrenamtliche als auch als Zielgruppe des Engagements betroffen sind.

In Krisenzeiten kommen zudem neue Zielgruppen für das Engagement hinzu bzw. Zielgruppen treten verstärkt auf, z.B. ältere Menschen während der Corona-Pandemie oder Geflüchtete aus der Ukraine, in beiden Fällen handelt es sich dabei vermehrt um Frauen, die von diesen Krisen betroffen sind. Gleichzeitig sind es viele Frauen, die sich in den Krisen engagieren, für sie kann ein Engagement grundsätzlich eine Chance sein, Teilhabe zu erfahren, die sie sonst nicht erfahren würden, wo sie sonst andere Türen öffnen müssten. Es ist eine leichte, niedrigschwellige Art der Teilhabe für Menschen, die von Krisen betroffen sind.

In diesem Themenfeld wird deutlich, dass Frauen sich gerade im sozialen Bereich engagieren und dadurch von Krisen positiv wie negativ im Engagement betroffen sind. Das soziale Engagement wird stärker herausgefordert, wird stärker benötigt, was Kinderbetreuung und Fachkräftemangel angeht, aber auch Versorgung und Begleitung von älteren Menschen, da ist das Ehrenamt ohnehin schon stärker gefordert und da sind auch Frauen eher betroffen.

In den letzten Jahren hatten die Freiwilligenagenturen Hochkonjunktur, da die Hilfsbereitschaft in Krisenzeiten rapide ansteigt, die Bereitschaft, sich zu engagieren wächst überproportional und sie endet in der Regel mit Abflauen der Krise. Einige machen weiter, aber für viele ist das Engagement dann beendet, das passt nach Aussage der Expertin auch zu dem Trend, dass sich viele eher projektbezogen oder aufgabenbezogen, zeitlich befristet engagieren möchten und nicht langfristig. Dabei handelt es sich um ein Engagement mit einem Anfang und einem Ende, einer Aufgabe, die erledigt wird, dann kommt eine neue Aufgabe. Dafür sind Menschen zunehmend ansprechbarer und in Krisenzeiten das FzOF als Infrastruktureinrichtung gefragt.

3.5.2.2 Zielgruppenanalyse

Der Schwerpunkt des FzOF ist, so die Expertin, das Engagement im sozialen Bereich. Hier findet sich die Mehrheit der Engagierten Frauen aller Altersgruppen, meist jedoch Frauen ab 50 Jahre. Inhaltlich

geht es dabei vornehmlich um Aufgaben in den Bereichen Daseinsfürsorge, Pflege und Leben im Alter sowie um die Themenfelder Bildung und Integration.

3.5.2.3 Vorhandene Angebote und Vernetzung mit anderen Akteuren

Gesellschaftliche Teilhabe in Form von Engagement ist auch eine Chance, findet die Expertin. Das Integrationslots*innenprojekt, aber auch andere, dienen dem Empowerment vor allem von Frauen, da kann man sich ausprobieren, in verschiedene Bereiche reinschnuppern und unverfänglich agieren sowie Kontakte knüpfen, sich persönlich weiterentwickeln und Kompetenzen erwerben.

Offenbach ist nach Auffassung der Expertin dabei recht gut ausgestattet, auch weil Menschen initiativ aktiv werden und eine starke Vernetzungskultur besteht, in der man Dinge auf den Weg bringen und auch Akteure einbeziehen kann, mit denen man vielleicht nicht unbedingt einer Meinung ist. Man kann Dinge verschränken.

Offenbacher Organisationen sind im Engagementbereich vielfach vernetzt, z.B. im Engagement-Netz OF, das sind Akteure, die ein Engagement für und mit Senior*innen bieten, weiterhin ist das Netzwerk Demenz und das Netzwerk bewegt älter werden zu nennen. Die Integrationslots*innen sind beim AK Integration und bei den Sitzungen des Ausländerbeirates dabei. In den Stadteilbüros gibt es mehrere Runde Tische, an denen die Ehrenamtlichen des ehrenamtliches Berater*innenteams des FzOF teilnehmen.

3.5.2.4 Handlungsempfehlungen

Beim Schwerpunkt Senior*innen gibt es bezogen auf ältere alleinstehende Frauen noch Handlungsbedarf. Da Frauen von Altersarmut besonders betroffen sind, können viele nicht an Engagementangeboten teilnehmen, da sie sich ein Engagement nicht leisten können und drauf angewiesen sind, dass sie dafür Geld, bspw. in Form einer Aufwandsentschädigung, bekommen, das sieht die Expertin als erwiesen.

Der Punkt Finanzierung des Engagements ist eine weitere Herausforderung, denn – so die Expertin – Hauptamt braucht Ehrenamt und Ehrenamt braucht Hauptamt. Auch wenn Ehrenamt inzwischen viel initiativer passiert, braucht es trotzdem eine Stelle, die die Verantwortung übernimmt, die koordiniert, berät, qualifiziert und unterstützt und die dem Ganzen einen Rahmen gibt.

Auch das FzOF könnte noch wesentlich mehr für die Förderung des Engagements und damit der gesellschaftlichen insb. von Frauen machen, wenn mehr Personal vorhanden wäre, zum Beispiel in Form eines Programms wie die Integrationslots*innen.

4 Zusammenfassung und Empfehlungen

4.1 Zusammenfassung

Die vorliegende explorative Studie „Frauen im öffentlichen Raum – eine gendersensible Analyse der Auswirkungen gesellschaftlicher Krisen in Offenbach“ fokussierte auf gesellschaftliche Teilhabe und erfahrene Benachteiligungen von Frauen in gesellschaftlichen Krisensituationen. Ausgehend von der Grundannahme, dass Frauen überproportional von den Auswirkungen gesellschaftlicher Krisen betroffen sind, wurde den Fragen nachgegangen,

- was sich für Frauen in Offenbach durch die verschiedenen Krisen der letzten Jahre verändert hat,
- an welchen Stellen Benachteiligungen für Frauen entstanden oder sich verschärften und

- welchen Einfluss die Pandemie und andere Krisen auf den Alltag von Frauen in verschiedenen Lebenslagen hat.

Dabei wurden ein möglichst breites Spektrum an Frauen (Seniorinnen und Frauen mittleren Alters, Berufstätige und Arbeitssuchende, mit und ohne Migrationsgeschichte) und fünf Themenfelder – Entgeltgleichheit, gewaltfreies Leben, Bildung und Information sowie politische Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe – berücksichtigt.

Die Studie wurde im Zeitraum von Februar bis Dezember 2023 durchgeführt und umfasste folgendes Arbeitsprogramm:

- Literatur- und Dokumentenanalyse zu den fünf Themenfeldern,
- zehn leitfadengestützte Interviews mit Expertinnen und Frauen aus Offenbach,
- Ableitung von Handlungsempfehlungen und Berichterstellung.

Die leitfadengestützten Interviews wurden zu jedem der fünf untersuchten Themenfelder mit ein bis drei Expertinnen und sofern möglich einer Frau aus Offenbach geführt, mit dem Ziel, die Herausforderungen und Angebote in Offenbach näher zu beleuchten.

Recht auf Entgeltgleichheit

Die Situation am Arbeitsmarkt zeigt, dass Frauen am Arbeitsmarkt trotz rechtlicher Bestimmungen wie dem Grundsatz der Entgeltgleichheit immer noch benachteiligt sind. Sie verdienen im Durchschnitt weniger als Männer und sind deutlich häufiger in Teilzeit tätig. Diese Ungleichheit resultiert aus einer Vielzahl von Faktoren, darunter Geschlechterstereotype, mangelnde Flexibilität bei der Kinderbetreuung und ein traditionelles Rollenverständnis. Dies führt dazu, dass Frauen oft in vermeintlichen „Frauenberufen“ arbeiten und in Führungspositionen unterrepräsentiert sind. Dieses Bild bestätigt sich auch in Offenbach.

Die Erwerbsbeteiligung und Entgeltgleichheit waren schon immer zentrale Herausforderungen für Frauen, die durch die Corona-Pandemie verstärkt wurden. Auch wenn sich das traditionelle Rollenbild der Frau sich im Laufe der Jahre verändert hat – von der Hausfrau zur Working Mum –, arbeiten doch viele Frauen, insbesondere Mütter, immer noch in Teilzeit und stoßen an Grenzen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vor allem aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Während der Pandemie führte die zusätzliche Sorgearbeit vor allem bei Frauen zu Arbeitszeitreduktionen, da Partner*innen mit geringerem Einkommen eher ihre Arbeitszeit reduzierten, um wirtschaftliche Einbußen zu minimieren. Frauen waren auch stärker von Kurzarbeit und dem Wegfall von Minijobs betroffen, und viele waren doppelt belastet durch Erwerbs- und Sorgearbeit. Obwohl dies zu einer Aufwertung der Dienstleistungsberufe wie Pflege und Erziehung geführt hat, bleiben diese Berufe oft schlecht bezahlt. Viele Frauen möchten erwerbstätig sein und Anerkennung außerhalb der Familie erhalten, aber Ängste und Hindernisse wie fehlende Unterstützung bei der Kinderbetreuung und längere Abwesenheit vom Berufsleben machen es für sie schwierig, diesen Schritt zu gehen.

Recht auf ein gewaltfreies Leben

Gewalt an Frauen in verschiedenen Formen, sei es körperlich, seelisch oder sexuell, bleibt ein drängendes Problem, das oft im häuslichen Umfeld stattfindet. Oft haben Frauen aus vielfältigen Gründen Schwierigkeiten, sich aus diesen Situationen zu befreien, aufgrund von finanzieller Abhängigkeit, fehlenden Unterstützungssystemen und Bedrohungen seitens ihrer Partner. Betrachtet man das Bild für Offenbach, so bestätigen die Expertinnen, dass die Corona-Pandemie die Gewaltproblematik gegenüber Frauen verstärkt hat. Aufgrund der Einschränkungen während der Pandemie waren Hilfs- und

Beratungsangebote auch in Offenbach nur eingeschränkt erreichbar. Die Einschränkungen führten auch zu einem Rückgang der Belegungsmöglichkeiten im Frauenhaus und einer weiteren Reduzierung der bereits knappen Plätze. Neben einem Anstieg häuslicher Gewalt wurde auch ein Anstieg von sexualisierter Gewalt festgestellt, da sich bspw. die Datingsituation aus dem öffentlichen Raum vermehrt in den privaten Raum verlagerte.

Der angespannte Wohnungsmarkt in Offenbach macht sich in diesem Themenfeld besonders bemerkbar, da günstige Wohnungen immer seltener verfügbar sind. Die lange Verweildauer von Frauen im Frauenhaus nahm infolge des Wohnraummangels zu, der sich auch mit dem Zuzug von Geflüchteten aus der Ukraine verschärfte. Die steigenden Kriminalitätszahlen in Offenbach zeigen den Bedarf an Schutzwohnungen für von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffenen Frauen. Selbst nach einer Wohnungsverweisung bleiben oft Fragen zur Wohnsituation und zu den finanziellen Möglichkeiten offen, insbesondere bei finanzieller Abhängigkeit und Teilzeitbeschäftigung von Frauen. Bei Familien mit Migrationsgeschichte erschweren mangelnde Deutschkenntnisse und bürokratische Hürden die Situation zusätzlich. Der Bedarf an Beratung ist weiterhin hoch, jedoch beeinträchtigt der Fachkräftemangel die Bereitstellung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten.

Recht auf Bildung und Information

Die Bildungsabschlüsse von Frauen sind im Vergleich zu früher gestiegen, dennoch bleiben Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Nach einer Unterbrechung für die Familienphase ist der Wiedereinstieg in den Beruf oft schwierig. Die Statistiken zeigen, dass Frauen zwar vermehrt an beruflicher Weiterbildung teilnehmen, jedoch gibt es nach wie vor deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Diese Situation zeigt sich der Expertinnen zufolge auch in Offenbach. Die kommunale Weiterbildungsberatung webb an der vhs Offenbach fungiert als wichtige Anlaufstelle für Bürger*innen, wobei Frauen diese häufiger in Anspruch nehmen. Die Beratung ist kostenfrei, unabhängig und steht in keiner Verbindung zu öffentlichen Einrichtungen wie der Arbeitsagentur oder dem Jobcenter. Allerdings bestehen für Frauen häufig Barrieren, die sie daran hindern, ihre beruflichen Ambitionen zu verfolgen. Viele Frauen zeigen Selbstzweifel im Berufsleben, insbesondere Wiedereinsteigerinnen nach einer längeren Pause, selbst wenn sie über einen akademischen Abschluss verfügen.

Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Offenbach, insbesondere der wachsende Anteil gut ausgebildeter Frauen in Integrationskursen, stellt neue Herausforderungen dar, da häufig Unterstützungsstrukturen fehlen. Die Corona-Pandemie hat diese Herausforderungen noch verstärkt. Viele Frauen haben ihre Minijobs verloren oder waren von Kurzarbeit betroffen. Der Wunsch nach Weiterbildung wird z.T. auch durch Vorbehalte auf Seiten der Arbeitgeber vereitelt, beispielsweise aus Sorge vor einem höheren Lohnanspruch der Mitarbeiterin oder Kündigungen.

Die finanzielle Belastung durch Weiterbildungen ist für viele Frauen ohne staatliche Unterstützung wie beispielsweise ein Weiterbildungs-Bafög kaum zu bewältigen. Zudem erschwerte die Doppelbelastung durch Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit den Zugang zu Bildungsangeboten zusätzlich. Mit dem Wegfall der Bildungsprämie hat sich die Situation weiter verschärft. Für viele Frauen mit Migrationshintergrund waren Integrations- und Deutschkurse die einzige Möglichkeit, Kontakt zur Außenwelt außerhalb der Familie aufzunehmen. Die Umstellung auf Online-Formate während der Pandemie führte jedoch zu Schwierigkeiten, da nicht alle Frauen über die notwendige technische Ausstattung oder ausreichende Deutschkenntnisse verfügten. Dadurch fiel ein wichtiger Ort des Austauschs weg, was sich wiederum negativ auf ihre soziale Integration auswirkte.

Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung in Politik

Frauen sind in politischen Ämtern und Entscheidungsgremien trotz ähnlichem Wahlverhalten wie Männer deutlich unterrepräsentiert, für Frauen stellt es sich aufgrund von Zeitmangel und familiären Verpflichtungen häufig schwieriger dar, sich zu engagieren. Aus den Gesprächen mit den Expertinnen bestätigt sich das allgemeine Bild auch für Offenbach, auch wenn Frauen in der hiesigen Kommunalpolitik, bspw. bei der Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung im Städtevergleich ausgesprochen stark vertreten sind. Im Bereich der politischen Teilhabe und Mitbestimmung wurde während der Corona-Pandemie deutlich, dass politisch aktive Frauen vermehrt die Hauptlast der Sorgearbeit für Kinder und den Haushalt trugen, was zu spürbaren Einschränkungen im politischen Engagement führte. Ein zentraler Punkt bleibt auch in diesem Themenfeld die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern. Diese wird durch mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten und den anhaltenden Fachkräftemangel in der Betreuungsbranche weiter verstärkt. Ein Teufelskreis entsteht, in dem Frauen, die gerne arbeiten würden, häufig keinen Job finden, da sie keinen Betreuungsplatz für ihre Kinder haben. Gleichzeitig stehen sie vor der Herausforderung, einen Betreuungsplatz zu bekommen, wenn sie keinen Arbeitsplatz vorweisen können. Zugleich verschärft sich das klassische Rollendenken in Krisenzeiten. Dass Frauen aufgrund schlechterer Bezahlung in Teilzeit gehen oder die Arbeitszeit zugunsten der Sorgearbeit reduzieren, wird häufig nicht hinterfragt, auch weil die Konsequenzen (z.B. kleinere Rentenbezüge), die diese Entscheidung nach sich zieht, nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung im Engagement

Im Hinblick auf das Ehrenamt zeigt sich, dass sich Frauen insgesamt etwas seltener freiwillig engagieren als Männer und insbesondere in Vorständen und Leitungsfunktionen unterrepräsentiert sind. Sie übernehmen dagegen im sozialen Bereich deutlich häufiger Aufgaben als Männer. Dadurch besteht eine Herausforderung des freiwilligen Engagements von Frauen darin, sicherzustellen, dass diese nicht vermehrt Aufgaben übernehmen, die eigentlich vom Staat erbracht werden sollten, bspw. in der Begleitung und Betreuung verschiedener Zielgruppen, wie Kinder, Jugendliche, Geflüchtete, ältere Menschen usw..

Frauen sind sowohl als Engagierte als auch als Zielgruppe des Engagements in Krisenzeiten besonders betroffen, da sie sich vor allem im sozialen Bereich, der in Krisenzeiten verstärkt benötigt wird, engagieren. Auch im freiwilligen Engagement sind Frauen mit den Herausforderungen der fehlenden Kinderbetreuung und dem Fachkräftemangel konfrontiert. Die Bereitschaft zum Engagement steigt in Krisenzeiten stark an, endet jedoch oft mit dem Abflauen der Krise. Viele bevorzugen mittlerweile projektbezogenes oder zeitlich befristetes Engagement.

Fazit

Im Ergebnis zeigt sich, dass in allen fünf untersuchten Themenfeldern weiterhin deutliche Ungleichheiten bestehen. So stellen nicht nur Erwerbsbeteiligung und Entgeltgleichheit, sowie Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsangeboten eine zentrale Herausforderung dar, auch der zu selten tätlerzentrierte Umgang mit Opfern von häuslicher oder sexualisierter Gewalt machen Ungleichbehandlungen sichtbar. Zusätzlich konnte ermittelt werden, dass die umfassende Übernahme der Care-Arbeit durch Frauen in sämtlichen Themenbereichen eine hemmende Wirkung auf die Gleichberechtigung hat. Insbesondere die Corona-Pandemie sowie die darauffolgenden Krisen, darunter der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Energie- und Klimakrise sowie der zunehmend spürbare Fachkräftemangel, fungierten als Brennglas und verdeutlichten in drastischer Weise, dass unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und ein nach wie vor traditionelles Rollenverständnis die Hauptfaktoren darstellen, welche die gleichberechtigte

Teilnahme am Erwerbsleben, in der Weiterbildung, in der Politik, in der Gesellschaft und in der Familie be- wenn nicht sogar verhindern.

Die Stadt Offenbach verfügt bereits über eine vielfältige Angebotslandschaft zur Förderung von Chancengleichheit und sozialer Teilhabe von Frauen. Die Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) spielt beispielsweise eine zentrale Rolle bei der Beratung von Frauen, die sich neu orientieren wollen. Veranstaltungen und Projekte sowie die Berufsberatung an Schulen, die junge Menschen erreicht, sind weitere entscheidende Angebote, die zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen können.

Die Stadt setzt außerdem auf Familienfreundlichkeit und hat das Netzwerk Unternehmen familienfreundlich (UFF) ins Leben gerufen. Begegnungsstätten, Kirchen- und Moscheegemeinden dienen darüber hinaus als wichtige Orte der Vernetzung. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Schutz vor häuslicher Gewalt, wobei der Arbeitskreis gegen häusliche und sexualisierte Gewalt zusammen mit Polizei, Justiz und weiteren Beratungsstellen eine entscheidende Rolle spielt und an verbesserten Hilfsangeboten arbeitet. Die Zusammenarbeit mit der Polizei und verschiedene lokale Angebote wie Heroes/Sheroes, Kirchengemeinden und die Caritas ermöglichen eine effektive Vernetzung und Verweisberatung.

Für berufliche Orientierung bietet die kommunale Weiterbildungsberatung webb, das KIZ-Mentorinnenprogramm MENT2BE, sowie zahlreiche weitere Angebote von vhs, Caritas und Stadtteilbüros Unterstützung. Das politische Engagement von Frauen wird durch das Frauenbüro, politische Parteien, das BüroF und deren Schulungsprogramme gefördert. Zur gesellschaftlichen Teilhabe und dem Empowerment durch freiwilliges Engagement dienen Projekte wie das Integrationslots*innenprojekt und das Engagement-Netzwerk OF mit über 100 Organisationen, die sich auf verschiedene Bereiche wie Seniore*innen, Demenz und Integration konzentrieren.

4.2 Handlungsempfehlungen

Vor dem Hintergrund einer breit angelegten und insgesamt gelungenen Unterstützungsstruktur für die Anliegen von Frauen in der Stadt Offenbach lassen sich folgende Empfehlungen für die weitere Stärkung der Unterstützungsstrukturen in Offenbach aus den im Rahmen der vorliegenden explorativen Studie geführten Interviews ableiten.

Die Aussagen der Expertinnen und der Offenbacherinnen verdeutlichen, dass bereits eine Vielzahl von Angeboten existiert, die darauf abzielen, die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zu fördern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Trotz dieser Bemühungen gibt es jedoch weiterhin bestehende Herausforderungen, vor allem im Kontext von Geschlechterrollen und der Übernahme von Care-Arbeit.

Insbesondere die mangelnden Kinderbetreuungsmöglichkeiten werden als größte Herausforderung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Weiterbildung und Engagement identifiziert. Frauen, vor allem in herausfordernden Lebenssituationen, fühlen sich isoliert und tragen die Last, sich für alle Aspekte ihres Lebens verantwortlich zu fühlen. Ein zentraler Kritikpunkt ist zudem, dass vorhandene Angebote, wie beispielsweise Krabbeltreffs und Deutschkurse mit Kinderbetreuung, nicht ausreichend bekannt sind und oft an der Zielgruppe vorbeigehen. Die Expertinnen schlagen daher vor, Orte der Begegnung zu schaffen, an denen Frauen zusammen mit ihren Kindern unkompliziert Unterstützung und Austausch finden können. Durch solche Orte erhalten Frauen die Möglichkeit, sich über ihre Situation auszutauschen und Wege aus der aktuellen Situation zurück in Arbeit und Bildung zu finden.

Ein Lösungsansatz zur Förderung von Vereinbarkeit und damit letztendlich auch für das Recht auf Entgeltgleichheit liegt laut einer der Expertinnen in der Anpassung der Rahmenbedingungen für die

Teilzeitausbildung. Aktuell müssen teilzeitbeschäftigte Auszubildende die Berufsschule zu denselben Konditionen wie Vollzeitauszubildende besuchen, was zu Herausforderungen bei der Kinderbetreuung führt, da Teilzeit nur in der Ausbildungsstelle und nicht in der Berufsschule umgesetzt wird.

Im Bereich häusliche Gewalt besteht bereits ein gutes Zusammenwirken mit der Polizei, das in einigen Aspekten noch verbessert werden könnte. Die Expertinnen weisen darauf hin, dass für Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt wurden, eine Hürde darin besteht, sich von selbst bei den entsprechenden Anlaufstellen zu melden. Eine Datenschutzerklärung, die noch beim Polizeieinsatz unterzeichnet werden könnte, würde helfen, betroffene Frauen im Anschluss an die Gewaltsituation durch Beratungsstellen zu kontaktieren. Allerdings schränken Datenschutzbestimmungen bei der Polizei diese Möglichkeit derzeit ein.

Die Expertinnen plädieren zudem für mehr täterzentrierte Ansätze im Umgang mit dem Thema Gewalt an Frauen. Sie betonen, dass es in den meisten Fällen die Frauen sind, die sich gezwungen sehen, ihren Wohnort, ihren Arbeitsplatz und ihr soziales Umfeld zu verlassen, während Männer weniger erzwungene Veränderungen erfahren. Im Präventionsbereich wurde ein Mangel an Maßnahmen an Schulen festgestellt, der mit Workshops und Informationsveranstaltungen abgedeckt werden könnte, die das Bewusstsein für Gewaltprobleme schärfen und den Wissensstand der betroffenen Frauen über bestehende Institutionen und Angebote erhöhen könnte.

Ein weiterer Schwerpunkt für Verbesserungen liegt auf individuellen Fördermöglichkeiten im Bildungsbereich. Als gute Praxis können Stipendienprogrammen wie SABA der Crespo Foundation dienen. Die Expertin betont das Fehlen von Praktikumsmöglichkeiten zur Berufserprobung, insbesondere für Frauen mit Migrationshintergrund, die bei der Fülle an vorhandenen Berufen und Studiengängen oft überfordert sind. Die Expertinnen bestätigen zudem, dass Begegnungsorte für (Weiter-)Bildung und Information von Frauen, insbesondere solchen mit Migrationshintergrund, von großer Bedeutung sind. Ein Mangel an Abendangeboten für Integrationskurse zur besseren Vereinbarkeit mit der Kinderbetreuung wird ebenfalls bestätigt, der häufig auf Personalmangel zurückzuführen ist.

Im Bereich politische Teilhabe und Mitbestimmung plädiert die Expertin für die Bildung eines politischen Netzwerks von Frauen auf Landesebene, um frauenpolitische Themen parteiübergreifend zu diskutieren. Ein grundlegender Wandel im Denken (Mindset) wird gefordert, um Frauen die Entscheidung zwischen Karriere und Familie zu erleichtern und mehr Vereinbarkeit herzustellen. Dabei betont die Expertin, dass auch die Unterstützung der Väter, eine Anpassung des Elterngelds und eine Weiterentwicklung im Bereich Kinderbetreuung notwendig sind. Wünschenswert wären in diesem Zusammenhang zudem Kampagnen für sogenannte „Frauenthemen“ wie Kinderbetreuung und Teilzeit, die von Männern beworben werden.

Im Kontext von Teilhabe im freiwilligen Engagement wird Handlungsbedarf insbesondere für ältere alleinstehende Frauen, die von Altersarmut betroffen oder bedroht sind, betont. Die Finanzierung der Freiwilligenarbeit bleibt eine Herausforderung, da Hauptamt und Ehrenamt sich gegenseitig ergänzen und Ehrenamt hauptamtliche Koordination und Begleitung benötigt. Die Expertin weist insbesondere darauf hin, dass trotz vorhandener Engagementmöglichkeiten zusätzliches Personal benötigt wird, um mehr Initiativen umzusetzen, insbesondere im Bereich der Integrationslotsinnen.

5 Literaturverzeichnis

- BMBF (2022): Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2020, https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/1/31690_AES-Trendbericht_2020.pdf?__blob=publicationFile&v=4, S. 37f, zuletzt abgerufen 10.05.2024.
- BMFSFJ / BMJV (2019) (Hrsg.): Mehr Schutz bei häuslicher Gewalt, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94308/1/167d5f9923366f98e32cc10fd814886/mehr-schutz-bei-haeuslicher-gewalt-data.pdf>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.
- Social Europe Publishing in Kooperation mit der Friedrich Ebert Stiftung und der Hans Böckler Stiftung (Hrsg.) (2021): Women and the coronavirus crisis. Berlin, <https://library.fes.de/pdf-files/id/18581.pdf>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.
- Hannover, Bettina/Ollrogge, Karen (2021): Bildungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern, bpb, <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/315992/bildungsungleichheiten-zwischen-den-geschlechtern/>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.
- Hessischer Lohnatlas 3. Auflage 2022: Kommunaldossier Kreisfreie Stadt Offenbach: https://www.hessischer-lohnatlas.de/wp-content/uploads/2022/11/19_Offenbach_Hessischer-Lohnatlas.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024.
- Huth, Susanne (2023): Bürgerschaftliches Engagement in Hessen als Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Offenbach, https://www.deinehrenamt.de/mm/2023_BuergerschaftlichesEngagement-in-Hessen_involas.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024.
- Kohaut, Susanne/Möller, Iris (2022): IAB-Kurzbericht: Der Weg nach ganz oben bleibt Frauen oft versperrt. Nürnberg, <https://doku.iab.de/kurzber/2022/kb2022-01.pdf>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.
- Kurzbericht zum Fachtag „Engagement und Zusammenhalt“ des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft und der Bertelsmann Stiftung am 16.09.2019 in Erfurt unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektnachrichten/fachtag-engagement-und-zusammenhalt>, zuletzt abgerufen 10.05.2024.
- Simonson Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Karnick, Nora/Arriagada, Céline/Hagen, Christine/Hameister, Nicole/Huxhold, Oliver/Tesch-Römer, Clemens (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019), https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Publikationen/5_Freiwilligensurvey_FWS_2019_-_BF.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024.
- Stadt Offenbach am Main, Stadtpolizei (2019): Jahresrückblick der Stadtpolizei Offenbach am Main 2019. Offenbach, https://www.offenbach.de/vv/oe/verwaltung/Ordnungsamt_Stadtpolizei.php.media/105057/Jahresbericht-Stadtpolizei-2019.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024.
- Stadt Offenbach am Main, Stadtpolizei (2021): Jahresrückblick der Stadtpolizei Offenbach am Main 2021. Offenbach, https://www.offenbach.de/vv/oe/verwaltung/Ordnungsamt_Stadtpolizei.php.media/143284/Jahresbericht-Stadtpolizei-2021.pdf, zuletzt abgerufen 10.05.2024.

Frauen im öffentlichen Raum – eine gendersensible Analyse der Auswirkungen gesellschaftlicher Krisen in Offenbach



involas Institut für berufliche Bildung,
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH

Herrnstraße 53
63065 Offenbach am Main

T +49 69 27224-0
F +49 69 27224-30
info@involas.com
www.involas.com